

MEDIEN

Forum für historische Kommunikationsforschung

Publizistische
"Vergangenheitsbewältigung"

Literarische und
politische Öffentlichkeit
in den 50er Jahren

Leni Riefenstahl

Das Juliabkommen 1936

Helmut Qualtinger:
Sein Kreuz mit den Medien

Wege zur
Kommunikationsgeschichte

Ausstellungskataloge 1985

**&
ZEIT**

*Viertel-
jahresschrift
des Arbeitskreises
für historische
Kommunikations-
forschung*

3/86

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Redaktion:

Verein "Arbeitskreis für Historische Kommunikationsforschung (AHK)", 1014 Wien, Postfach 208

Bankverbindungen:

Österreichische Länderbank, Konto Nr. 102- 113-378/00, BLZ 12.000

CA Konto Nr. 0123-01263/00, BLZ 11.00

PSK Konto "Medien & Zeit" 7510,438

Erscheinungsweise:

MEDIEN & ZEIT erscheint vierteljährlich

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement: öS 150.- (Inland), öS 150.- + Porto (Ausland)

Studentenabonnement: öS 110.-

Einzelheft: öS 45.-

Doppelheft: öS 70.-

Bestellungen an MEDIEN & ZEIT; 1014 Wien, Postfach 208

Satz und Layout:

MULTI ART, 1010 Wien, Vorlaufstraße 5

ISSN 0259 - 7446

INHALT

BEITRÄGE

- Publizistische Vergangenheitsbewältigung** 3
Eine Auseinandersetzung mit der Wahlkampf-
berichterstattung der meistgelesenen Tages-
zeitung Österreichs
Holger Rust

- Zur Entwicklung literarischer und politischer
Öffentlichkeit in den fünfziger Jahren** 11
Friedrich B. Panzer

TANGENTEN

- Materialien zur Vergangenheit:**
Leni Riefenstahl 16
Margit Steiger - Margit Suppan

DOKUMENTATIONEN

- Das Juliabkommen 1936** 18
Eine Pressedokumentation
Peter Malina

- Helmut Qualtinger: Sein Kreuz
mit den Medien** 30
Wolfgang Duchkowitsch - Hannes Haas

BERICHTE

- Wege zur Kommunikationsgeschichte** 33
Internationales Symposium,
Palais Auersperg, Wien, 8. - 10. Mai 1986
Manfred Bobrowsky

REZENSIONEN

- Ausstellungskataloge 1985** 34
Oliver Rathkolb

EDITORIAL

Eine neue Zeitschrift auf den Markt zu bringen, ist immer ein Wagnis. Umso mehr haben wir daher mit Freude zur Kenntnis genommen, daß "Medien & Zeit" eine überaus wohlwollende Resonanz in den Medien wie bei den Lesern gefunden hat. Die positive Aufnahme unserer Zeitschrift ist uns Herausforderung und Verpflichtung zugleich.

Auf Grund der geringen Vorbereitungszeit mußten wir uns beim ersten Heft von "Medien & Zeit" mit einer reproduktionstechnisch nicht ganz befriedigenden Verfahrensweise behelfen. Als Ergebnis unserer Verbesserungen liegt nun die Nummer 3/1986 vor, für die wir Layout und inhaltliche Linie weiterentwickelt haben. Die Verwendung eines Laser-Printers gibt uns die Möglichkeit eines qualitativ volleren Ausdrucks und damit auch einer verbesserten Lesbarkeit. Inhaltlich haben wir das Angebot von "Medien & Zeit" dadurch erweitert, daß nun publizistisches Quellenmaterial in einer eigenen Rubrik "Dokumentationen" vorgelegt wird, in den "Berichten" wird jeweils über aktuelle Aktivitäten informiert, und in den "Rezensionen" sollen weiterhin wichtige Neuerscheinungen besprochen werden.

"Medien & Zeit" versteht sich als ein aktuelles Informationsorgan, das Forschungstrends aufzeigen und die "Gegenwart" als wesentliches Forschungsfeld mit einbeziehen möchte. Der inhaltliche Schwerpunkt dieser Ausgabe ist daher durch den Beitrag von Holger Rust gegeben, der sich an einem Beispiel mit dem Medien-Echo des Präsidentschaftswahlkampfes dieses Jahres beschäftigt. Friedrich Panzer versucht ergänzend dazu, am Beispiel des Zusammenhangs zwischen literarischer und politischer Öffentlichkeit in den Jahren nach 1945 den Umgang mit Vergangenheit in Österreich in einen historischen Zusammenhang zu bringen. Daß diese Vergangenheit widersprüchlich gewesen ist, soll am Beispiel der Berichterstattung über das deutsch-österreichische Abkommen vom Juli 1936 dokumentiert werden. Der Artikel über Helmut Qualtinger ist nicht nur als Referenz gegenüber diesem "großen Österreicher" gedacht, sondern auch als Beispiel dafür, wie (gestern und heute) mit "Größe" in diesem Lande umgegangen wird.

Nach wie vor gilt: "Medien & Zeit" ist eine Zeitschrift, die wesentlich von der Kommunikation mit ihren Lesern abhängt. Ihre Kritik, ihre Mitarbeit und ihre Beiträge sind es, die "Medien & Zeit" zu einem Publikations-Organ machen sollen, das seinem Titel gerecht werden kann: Medien der Zeit und Medien in der Zeit zu analysieren, in ihren historischen Entstehungsbedingungen darzustellen und ihre gesellschaftlich-politischen Bezüge aufzuzeigen.

Die Herausgeber

Publizistische Vergangenheitsbewältigung

Eine Auseinandersetzung mit der
Wahlkampfberichterstattung der meistgelesenen
Tageszeitung Österreichs

Holger Rust

Die österreichischen Präsidentschaftswahlen im Frühsommer des Jahres 1986 waren ein willkommener Anlaß, die Standardinstrumentarien der einschlägigen Inhaltsanalyse zur Erweiterung des Wissens um die moderne politische Publizistik einzusetzen. In den letzten Jahrzehnten ist ja in der Kommunikationswissenschaft durch die gezielte Entwicklung und den stetigen Einsatz dieser Instrumente eine eindrucksvolle Literatur entstanden, in der sich zahlreiche Einzelfallstudien mittlerweile zur Bestandsaufnahme eines essentiellen Teils der politischen Kultur der komplexen Massendemokratien zusammenfügen. Vor diesem Hintergrund schien es eine reizvolle Aufgabe, die publizistische Begleitung eines Wahlkampfes zu beobachten, in dem es um ein politisch weniger machtvolleres und vor allem in der Tradition des Repräsentations- und Integrationsgedankens angelegtes Amt ging, das in sich die Symbolik der Einheit einer pluralistischen Kultur birgt.

Man weiß zwar, daß die Wahl eines bestimmten Kandidaten weitreichende und hintergründige Effekte auf die Politik eines Landes ausübt - so war die Wahl Gustav Heinemanns zum deutschen Bundespräsidenten der symbolische Hinweis auf das Ende der Adenauer-Ära. (1) Auch in Österreich spielen in der Präsidentschaftswahl 1986 Gesichtspunkte dieser Art eine wichtige Rolle - wobei sich die zunehmende parteipolitische Einnahme der symbolischen Potenzen des höchsten Amtes im Staat auch publizistisch deutlich bemerkbar machte: es wurde nicht einmal mehr der anstandsvolle Versuch gemacht, diese Hintergründe zu kaschieren. Doch sind die latenten Funktionen des Amtes bekannt und können in der Anlage eines Projektes berücksichtigt werden. Kategorien, die diese Art der Interpretation erfassen, stehen also in der fast schon routinemäßigen Aufmerksamkeit der Kommunikations-

wissenschaft neben der Frage nach der quantitativen Präsenz der Kandidaten bzw. der Parteien, die hinter ihnen stehen; neben der Erfassung des Verhältnisses von redaktionellen und wertenden Äußerungen; neben dem Anteil politischer Hintergrundinformationen, der Häufigkeit des Auftretens Prominenter aus Wirtschaft, Politik und Kultur und dem Anteil der atmosphärischen Schilderungen, dem "Ambiente" der Wahlkampfbemühungen und der unpolitischen Attributierung der Kandidaten, die eine erhebliche Bedeutung für die emotionale Mobilisierung der Wähler besitzt. (2)

"Ambiente": Atmosphäre, Kinder, Blumen, Jubilare und Musikkapellen, die beredten kleinen Symbole von Erfolg und Sympathie, die Zahlen der Zuschauer, das Wetter und die Horoskope, wie sie zur Garnierung der politischen Publizistik oft verwendet werden - all das fehlte jedoch in dieser Wahlkampfberichterstattung, obgleich viele der Veranstaltungen in diesem herrlichen Frühsommer 1986 auf die übliche Weise abliefen. Die Berichterstattung war überschattet von jener Wende, die der Wahlkampf in den ersten Märztagen nahm, als Vorwürfe gegen den konservativen Kandidaten Kurt Waldheim laut wurden, er sei in irgendeiner Weise in nationalsozialistische Aktivitäten verstrickt gewesen. Lücken in seiner Biographie seien ein Zeichen dafür, daß etwas zu verheimlichen sei. Die publizistische Situation nahm Züge tiefer Betroffenheit und bestürzter Ernsthaftigkeit an. Vor allem in der meistverkauften und meistgelesenen österreichischen Zeitung, der NEUEN KRONENZEITUNG, zeigte sich eine zornige Entschlossenheit, die mit den Vorwürfen gegen Waldheim aufgeworfene Frage nach dem Verhältnis vieler Österreicher zur Frage der Bewältigung nationalsozialistischer Geschichte als den Versuch einer massiven Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes zu charak-

terisieren. Man kann die Berichtersfaltung dieser Zeitung, die an Werktagen mehr als ein Drittel und sonntags mehr als die Hälfte der österreichischen Leser erreicht, insofern als symptomatische Ausdrucksform der öffentlichen Meinung betrachten, als sich die Redakteure immer wieder auf die Meinungen ihrer Leser - wie sie sich etwa in Zeitschriften dokumentierten - beriefen, und, umgekehrt, diese Zeitung über alle Parteigrenzen hinweg im freien Verkauf die größte publizistische Resonanz erhält. Es mag dahingestellt bleiben, welcher der zahlreichen Theorien kommunikationswissenschaftlicher Provenienz das Verhältnis von Medium und Publikum in diesem Falle am ehesten zu charakterisieren imstande wäre - sicher ist, daß die Aufbereitung der Facetten der öffentlichen Meinung in der NEUEN KRONENZEITUNG eine artikulative Kraft besitzt, die die vage vorformulierten Gedanken vieler Leser kristallisiert, Zweifel ausräumt und auf klare Begriffe bringt.

Die Plausibilität dieser Vermutung zeigt sich in den Antworten einer umfangreichen Befragung, die flankierend zur Inhaltsanalyse der Wahlkampfberichterstattung durchgeführt wurde. (3) Es ist offensichtlich so, daß Massenzeitungen eine ihrer wesentlichen Funktionen in der begrifflichen Verdichtung der öffentlichen Diskussion besitzen, während zielgruppenorientierte Zeitungen eher die Funktion der Differenzierung bestehender Meinungsfacetten haben. In den Antworten der Interviews, die in vier Wellen den Wahlkampf begleiteten, zeigte sich deutlich, wie die artikulative Potenz der Publizistik der Wahrnehmung von "issues" der öffentlichen Debatte prägte - und damit auch die Auseinandersetzung mit widerstrebenden Meinungen. Dabei steht nicht zur Diskussion, ob eine Zeitung zur pluralistischen und ausgewogenen Berichterstattung verpflichtet ist - sie ist es *de lege* nicht. Die Auseinandersetzung mit der österreichischen und der ausländischen Publizistik diente in erster Linie der Suche nach Informationen über die Logik des Prozesses der politischen Willensbildung. Dabei zeigte sich, daß die inhaltsanalytischen Standard-Instrumentarien eine Situation nur punktuell und meist unter Mißachtung der historischen Konstellation eines Themas erfassen. Zwar ist die Historisierung einzelner Befunde generell, wenn auch unter Schwierigkeiten, durch eine intelligente Relativierung der Einzelbefunde denkbar. In Wahlkämpfen jedoch sollte und müßte der Schwerpunkt der Analyse bei der Vorbereitung der Beobachtungskategorien in der Orientierung auf die historische Bedeutung des Gegenstandes liegen. (4)

2.

Gerade in der Präsidentschaftswahl 1986 ging es ja um die Geschichte, bzw. um das in den Kandidaten symbolisch verdichtete Verhältnis der

Österreicher zu ihrer Geschichte. Diese Frage durchzog alle Tiefenschichten der Auseinandersetzung mit der heutigen Betroffenheit: Nicht die lange zurückliegenden Jahre des Nationalsozialismus, jedoch auch nicht in erster Linie die damalige Betroffenheit, die Scham der Irregeleiteten, die Verzweiflung der in den Alltag der politischen Ideologie gezwungenen Demokraten oder der stille Übergang zu einer neuen Tagesordnung 1945 standen zur Diskussion, sondern seltsamerweise vor allem die *Bedeutung dieser Diskussion* für die Zukunft Österreichs im Inneren und für die Bewertung durch das Ausland.

Bis dahin hatte der Verweis auf die jüngere Geschichte die Rolle einer Illustration der österreichischen Fähigkeit zum kosmopolitischen Geist gespielt. Die Wahlplakate, die den konservativen Kandidaten vor der goldverklärten Skyline Süd-Manhattans zeigten, waren der sinnbildliche Ausdruck für den nationalen Stolz, in der Welt angesehen zu sein und im vermutlich künftigen Bundespräsidenten das augenfällige Beispiel dafür bieten zu können. Eine Auseinandersetzung mit der Kritik, die von vielen - auch konservativen - Kreisen an der UNO-Amtsführung Kurt Waldheims geübt worden war; die Umstände, die seine dritte Wahl verhinderten; auch die Fragen, die sich an seine Rolle in der Entscheidung knüpften, 1968 die Prager Botschaft für Flüchtlinge zu schließen (der sich Kirchschräger damals widersetzte), hatten allenfalls periphere Bedeutung.

Gemeinsam mit dem Wiedererstarken eines ökonomischen Internationalismus - der sich auch in der Erwartung des guten Ansehens in den Vereinigten Staaten dokumentierte und sich in den "Specials" verschiedener Wirtschaftszeitungen niederschlug, gipfelte die Einschätzung vieler Österreicher von ihrem Land in einer erwartungsvollen Stimmung.

Innenpolitisch gab es viel zu bemängeln: Skandale erschütterten die Republik, die für einen deutschen Beobachter vor allem deshalb von Interesse waren, weil sie immer wieder im Vergleich zur Bundesrepublik dargestellt wurden. Es mag sein, daß der außenpolitisch orientierte Optimismus die Affären kompensieren sollte. Doch wagen sich alle Erklärungen, die über die bloße Beschreibung des Phänomens hinausgehen, zu weit in psychologisierende Spekulationen, um gültige Aussagen zuzulassen.

Die *Beschreibung* ist dennoch von erheblicher Bedeutung für das Verständnis der mit dem 2. März einsetzenden publizistischen Auseinandersetzung um die Frage der Verstrickung Waldheims in Schuld oder Mitschuld an nationalsozialistischen Verbrechen. Denn das Ausland, bis zu dem Tage noch als Zeuge der international geteilten Wertschätzung Waldheims und als Hintergrund für die Präsentation seiner Kompetenz in Anspruch genommen, wurde zusehends zum Ankläger, zumindest aber zum kritischen Beobachter, keineswegs nur zur Person und zur Vergan-

genheit Waldheims, sondern zur *Situation des Landes*. Die geteilte Betroffenheit der Nation und des Kandidaten, die im Massenblatt NEUE KRONENZEITUNG in eine historische Dimension hineingesteigert wurde, verdeutlichte, daß eine schmerzliche Inkonsistenz des österreichischen Alltages plötzlich in die öffentliche Diskussion geraten war, ein grauer Fleck, dessen Existenz man nie so recht wahrzunehmen hatte, weil viele Menschen darauf vertrauten, daß sich das Problem von selbst lösen würde.

3.

Was sich dem ausländischen Beobachter (der sich mit diesen Zeilen in die Gefahr begibt, erneut der "Einmischung in österreichische Angelegenheiten" geziehen zu werden, wie es Strategie des Massenblattes war) (5) zeigte, war die Auffassung, daß Geschichte sich von selbst erledigt; daß es eine "biologische Lösung" gäbe; daß die Spätgeborenen sozusagen ohne ihr Zutun in die Gnade der Unberührtheit von den Problemen des Nationalsozialismus geraten würden. In dem Moment, in dem diese naive Auffassung brüchig wurde, zeigte sich aber mehr: daß es beispielsweise keinen Konsensus darüber gab, wie man Geschichte in der Öffentlichkeit diskutieren könnte. Das heißt, daß sich ein großer Teil der Publizistik unvorbereitet fand, eine Differenzierung der Situation vornehmen zu können, die sich sowohl in der vehementen Ablehnung vieler Vorwürfe gegen Waldheim, als auch in der kritischen Betrachtung der Anlässe zu den bekannten Zweifeln hätte äußern können.

Stattdessen verbanden sich, wieder vor allem in der NEUEN KRONENZEITUNG, innenpolitische Verdächtigungen, Diskussionen um eine neue politische Linie nach den Nationalratswahlen, die Schutzpflicht gegenüber einem "großen" Österreich, rückhaltlose und undifferenzierte Ablehnung jedes ausländischen Versuches, zur Situation kritisch Stellung zu nehmen, Züge eines partiellen Anti-Amerikanismus, die Beschwörung der schicksalhaften Betroffenheit, für die Waldheim ein repräsentatives Beispiel zu bieten schien, und parteipolitischer Hader zu einem argumentativen Konglomerat, das nur dort definitiv zu fassen war, wo es um die Vermeidung der Diskussion und um die konstruktive Überwindung der damaligen Betroffenheit durch das selbstbewußte Eingeständnis der Verdrängungstaktiken während der vergangenen vier Jahrzehnte ging - um die Abzahlung einer Hypothek, die keineswegs nur Österreich belastet. Auf diese Weise erhielt - gerade durch den vehementen Hinweis auf die nationale Dimension der Präsidentschaftswahl - das Thema der Vergangenheitsbewältigung eine internationale Bedeutung. Der Vorwurf, den die Kolumnisten der NEUEN KRONENZEITUNG, insbesondere Viktor Reimann, gegen das Ausland formulierten, bezog

sich auf die vermeintliche Doppelmoral (auch in Deutschland gebe es genug zu beteiligen, schrieb Staberl, als Beate Klarsfeld an einer Wahlveranstaltung teilnahm; Reimann wies immer wieder auf Roosevelts Anteil an der Kriegsschuld hin; die Ausrottung der Indianer, der Vietnamkrieg und ähnliche historische Belastungen dienten der Legitimation einer Zurückweisung jeder internationalen Diskussion um die Waldheimaffäre und ihre Hintergründe). Die implizite These, daß das zur Verhandlung stehende Problem europäische, ja globale Ausmaße besaß, die sich in dieser Argumentation zeigte, wurde jedoch nicht zur Grundlage einer Standortbestimmung der Demokratie, sondern zu einer Dokumentation der "Unfähigkeit zu trauern". (6)

Daß vor diesem Hintergrund und angesichts der täglich mit infernalischer Eindringlichkeit bildhaft vorgeführten Möglichkeiten menschlicher Selbstvernichtung im kleinen und im großen Maßstab die Frage nach der Vergangenheitsbewältigung eine andere Dimension einnimmt, als das bloße Aufarbeiten der Schuld einer Generation, daß diese Generation, die noch betroffen war vom konkreten Ereignis des Nationalsozialismus, sich nicht mit einem pflichtschuldigen "mea maxima culpa" oder mit der These der erzwungenen Teilhabe die Absolution erteilen kann, ohne Konsequenzen für die politische Kultur daraus zu entwickeln, dies müßte angesichts der Bilder verstümmelter Kinder aus Afghanistan und angesichts des erschütternden Fotos der kleinen Vietnamesin Kim Phuc, die nackt vor dem Chaos der Napalmbomben aus ihrem Dorf flüchtete, außerhalb jeder Diskussion stehen.

4.

Und in der Tat steht es außerhalb jeder Diskussion, denn es wird darüber kaum noch geredet. Ein Kolumnist der NEUEN KRONENZEITUNG, Viktor Reimann, schrieb immer wieder: Vergangenheitsbewältigung sei ein Anachronismus. "Die Verbrechen der Vergangenheit ... hätten seinerzeit verhindert werden müssen. Die Verbrechen der Gegenwart tun uns auch physisch weh: Warum verhindern sie denn die moralischen Großsprecher von heute nicht, die von ihren Großvätern und Vätern verlangen, wozu sie selbst nicht imstande sind." (7)

Dies wurde am Tag des ersten Wahlganges zur Bundespräsidentenwahl in Österreich geschrieben. Es zeigt in eindringlicher Weise - vor allem, weil es nicht die Repräsentation einer verlorenen Meinung darstellt, sondern die Wahlkampfkommentierung der Zeitung stetig durchzieht - wie die Trennung von *Erfahrung* und *Auseinandersetzung mit der Erfahrung* vollzogen wird, indem man gerade die Konsequenzen der verweigerten Auseinandersetzung zum Anlaß dieser Weigerung stilisiert:

Man sprach beispielsweise den Emigranten das

Recht ab, die Situation der damals Daheimgebliebenen zu werten oder zu kommentieren (8); Pflichterfüllung und heutige Wehrdienstverweigerung fanden sich in einem seltsamen Kontinuum der Begründung der damaligen Betroffenheit wieder, die den heutigen Jugendlichen schlicht die Kompetenz absprach, sich mit der Schuld oder der schuldhaften Betroffenheit der Väter auseinanderzusetzen (9); da wurden Angriffe auf Waldheim mit den Taktiken der Nationalsozialisten gleichgesetzt (10); schließlich gipfelte die Auseinandersetzung mit der Betroffenheit einer leidgeprüften Generation im Vergleich von Waldheim und Israel Singers Vater (11).

Ob man da mit semantischen Beugungen des Begriffes der "Bewältigung" argumentiert, mag nebensächlich sein - wenn auch symptomatisch. Symptomatisch für eine publizistische Strategie der *indirekten Personalisierung*:

Hier ließen sich Motive aus der persönlichen Geschichte (UNO-Amtszeit und Israelpolitik) dazu nutzen, die - ebenfalls oft unbeholfene - Bestürzung der ausländischen Presse unlauterer Motive zu zeihen.

Es ist diese Strategie, die unser gesamtes zeitgeschichtliches Denken durchzieht: die Kristallisation um Personen und Ereignisse und die Vernachlässigung der Hintergründe und der differenzierten Kontextbedingungen. Schon die Attitüde des Inhaltsanalytikers zeigt verräterische Spuren segmentären Denkens. Die Frage ist natürlich, ob sich die publizistische wie die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Frage der Bedeutung der Vergangenheit eines Präsidentschaftskandidaten wirklich in der notwendigen Differenziertheit mit allen Facetten des Themas auseinandersetzen kann oder ob nicht die Komplexität der Thematik den Wissenschaftler wie den Journalisten vor unlösbare Aufgaben stellt. Dabei bleibt aber die andere Frage offen, ob nicht ein *Kandidat selbst* die Komplexität der Vergangenheit darzustellen hätte, um jenes Wort von der "Arroganz der Spätgeborenen" überflüssig zu machen, das den Kolumnisten der KRONENZEITUNG einen willkommenen Anlaß bot, sich mit der Anmutung zu beschäftigen, dem Dritten Reich Widerstand entgegenzusetzen. (12)

5.

Denn was ist jene so bitter beschriebene "Arroganz der Spätgeborenen" anders als *Hilflosigkeit* gegenüber den Fragen, die Unmöglichkeit des Nacherlebens? Was ist sie anders als die Frage nach dem authentischen Bericht, der Aufschluß darüber geben könnte, wie es denn bei Menschen von politischer Weitsicht und hoher Intelligenz dazu hatte kommen können, daß sie beteiligt waren wie "Hunderttausende von Österreichern"? In dieser Frage liegt das historische Unbehagen einer tiefen Unsicherheit angesichts der Zweifel, wie man selbst, im Stande der

"Gnade der Spätgeborenen", wohl damals reagiert hätte - ein Unbehagen, das wachgehalten werden mußte. Wenn sich auch die Geschichte, einer alten Weisheit zufolge, nicht wiederholt, so ist es doch offen, welche unerwarteten Abgründe sich noch auftun könnten.

Simon Wiesenthal hatte ja beständig darauf hingewiesen, daß es nicht die Diskussion um Waldheims angebliche Beteiligung an *Kriegsverbrechen* sei, die ihm Sorgen bereite.

Vielmehr sehe er in den ungeschickten Attacken des Jüdischen Weltkongresses die Gefahr, daß der latente Antisemitismus neuerlich angefacht werde. (13) Das heißt aber nichts anderes, als daß die Umfragen (und auch dies nicht nur in Österreich) sehr ernst genommen werden müssen, nach denen sich ein manifestes Potential antisemitischer Einstellungen bei 15 % der Bevölkerung zeigte. (14) Wenn aber die Diskussion um die Vorwürfe des Jüdischen Weltkongresses diese düsteren Möglichkeiten zu aktualisieren imstande war, dann hätte sich die österreichische Presse doch darüber Gedanken machen müssen, auf welche Weise die Strategien des Jüdischen Weltkongresses in diesem Sinne hätten relativiert werden können. Die schlichte Drohung, daß der Antisemitismus angestachelt werden könnte, verniedlicht ja die Tatsache, daß er *vorhanden* ist. Es ist wieder die Frage, ob eine offene Auseinandersetzung mit der historischen Hypothek, mitgetragen durch den konservativen Kandidaten und die Massenpresse, nicht beschwichtigend hätte wirken können, weil in einer kathartischen Öffentlichkeit jene bedrückende Frage endlich hätte diskutiert werden können, *warum* es geschehen konnte.

Das Historikerteam, das nach den Vorschlägen des KRONE-Redakteurs Dieter Kindermann nachträglich die Vorwürfe untersuchen sollte, hätte in die *Redaktionen* gehört - aber nicht, um die Frage der Schuld oder Mitschuld zu diskutieren, sondern um die Kontext der österreichischen Variante des Reinfalls auf die nationalsozialistischen Versprechen zu verdeutlichen. (15) *Waldheims* angezweifelte Glaubwürdigkeit, die in der internationalen Diskussion eine zunehmend dominierende Rolle spielte, mußte durch die massenpublizistische Identifikation der Person des Landes zwangsläufig zu einer Österreichkritik führen, die wiederum nicht erlaubte - als sie einmal so vehement in dieser Weise formuliert war -, die Differenz in der öffentlichen Meinung zu betonen, die in bezug auf das Glaubwürdigkeitsthema bestand. Jeder Zweifel schien auch ein Zweifel an der Integrität des Landes zu sein. (16)

Für die Auseinandersetzung in der NEUEN KRONENZEITUNG aber spielte diese Differenzierung kaum eine Rolle. Im Gegenteil: Der Zweifel, der schon am 22. März in den "Salzburger Nachrichten" in einem Leitartikel des Chefredakteurs aufgeworfen wurde, zeigte sich im Lichte der NK-Berichterstattung als "Ersatzvorwurf", mit dem

Waldheim noch irgend etwas am Zeug geflickt werden sollte, nachdem die Kernvorwürfe des Jüdischen Weltkongresses zusammengebrochen waren. (17)

6.

Betrachtet man nun die Presse des Auslandes, dann zeigen sich zwei Dinge: Erstens, daß in zunehmendem Maße die Empfindlichkeit der österreichischen Reaktion, zu einem erheblichen Teil mitgetragen durch die Boulevardpresse, selbst zum Thema der Analysen wurde - wobei als symbolischer Kristallisationspunkt die in dieser Hinsicht doppelt repräsentative Figur Waldheims noch eine Rolle spielte, allerdings, und damit kommt man zu einem Punkt, wesentlich weniger kontrovers und verleumderisch, als es sich vor allem in der NEUEN KRONENZEITUNG darstellte, und wesentlich weniger auf die Kriegsverbrechen-Vorwürfe konzentriert als die heimische Presse Glauben machte. Zwei Artikel des englischen "Guardian" zeigen auf eindringliche Weise, wie sich die Berichterstattung veränderte, das Motiv der Glaubwürdigkeit in den Vordergrund rückte und die Mentalität eines großen Teils der Österreicher und die ausweichenden Antworten des konservativen Kandidaten auf die Gründe für die Lücken der Biographie in Beziehung zueinander setzte. Dieses Leitmotiv, das hier in wenigen Zitaten nur angedeutet werden kann, prägte die Kommentierung so unterschiedlicher Zeitungen und Magazine wie der "Weltwoche" aus Zürich, der "Frankfurter Rundschau", der "Frankfurter Allgemeinen", der "Süddeutschen Zeitung", des "Spiegel" oder des "Hamburger Abendblatts" aus dem Springer Verlag. Daß man diese Pressestimmen als ausländische Einmischung diskreditierte (18) und die entsprechenden österreichischen Publikationen im "Profil", in den "Salzburger Nachrichten" oder in der Boulevard-Illustrierten "Die ganze Woche" als Nestbeschmutzung verunglimpfte bzw. schlicht ignorierte, dokumentiert die mangelnde Bereitschaft zu einer pluralistischen Auseinandersetzung mit den Hintergründen der nationalen und internationalen Betroffenheit.

Der "Guardian" setzte sich am 11. März 1986 mit der in der österreichischen Presse breit verhandelten Frage auseinander, warum die Vorwürfe erst im Jahre 1986 virulent wurden und nicht bereits bei der Kandidatur zum Bundespräsidenten 1972, bei der Wahl zum UNO-Generalsekretär oder bei der Überprüfung der Vergangenheit bei der Bestellung zu anderen politischen Ämtern in dieser eindrucksvollen Diplomatenkarriere. "The rest is confusion", schreibt der "Guardian", doch sei, was man Waldheim vorwerfen könne, "guilt by association at worst, something which can be thrown at millions who were conscripted into the Wehrmacht. The most serious criticism which can be made of Dr. Waldheim, if that's all there is to

the present belated storm, is that if there is nothing to hide in his war record he should have taken care not to omit any part of it." Abschließend wird Simon Wiesenthal mit entlastenden Aussagen zitiert.

Knapp drei Monate später hatte sich die Tendenz der Berichterstattung im "Guardian" geändert. So heißt es am 4. Juni, wenige Tage vor der Stichwahl: "Let those who have so far proved only that he (Waldheim, H.R.) is a suspect put up or shut up. But so long as the possibility exists that Austria could find itself that a president wanted for alleged complicity in genocide, Dr. Waldheim should not be elected or preferably not stand. His plight is at least partly and possibly wholly of his own making. Guilty or not, he originally fudged his past and then squirmed unconvincingly when light was thrown on its grey areas. Above all, it took him until May 21, that is 17 full days after the first electoral round, to come out with a condemnation of anti-Semitism, which by that time had been the central issue for ten whole weeks, to the lasting damage of the country he aspires to represent. If he still does not understand why he should step down, the voters should stop and ask themselves whether such a man is proper presidential material."

Der Hang zur Personalisierung dominierte auch in dieser Frage. So ist es nicht verwunderlich, daß auf der Grundlage einer solchen Argumentation, für die die Terminologie des "Guardian" nur ein Beispiel unter vielen bietet, der Vergleich zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle spielte. Rudolph Bächtold ging in der Zürcher "Weltwoche" so weit, den Vergleich auf den amtierenden österreichischen Präsidenten auszudehnen, der der NEUEN KRONENZEITUNG als Hauptentlastungszeuge für Kurt Waldheim galt:

"Was für ein Unterschied zwischen dem deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag warnte: 'Schonung unserer Gefühle durch uns selbst oder durch andere hilft nicht weiter', und seinem österreichischen Amtskollegen, der sich zwar in guter Absicht das Belastungsmaterial über seinen möglichen Nachfolger zum Studium kommen ließ, dann aber als gelernter Jurist kein weiteres Fazit ziehen mochte ..." Auch dies ist ein harter Vorwurf der Verdrängung einer Auseinandersetzung mit der Geschichte, den man (wenn er so unvermittelt stehen bliebe) umkehren könnte - wie es die NEUE KRONENZEITUNG dann immer wieder betrieb: Die da mit dem Finger auf Österreich zeigen, haben ausreichend historischen Ballast selbst an Bord. Doch gerade dies, so die Weltwoche, zwingt dazu, sich international mit der - um beim Wort von Viktor Reimann zu bleiben - Bewältigung der Gegenwart durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte zu beschäftigen.

Bächtold: "Jedes europäische Land und die USA, darin ist dem Bundespräsidenten Kirchschläger

unbedingt zuzustimmen, tut sich eingedenk eigener Schuld, schwer mit der Vergangenheitsbewältigung. Schweizerische Flüchtlingspolitik ('Das Boot ist voll'), anglo-amerikanisches Bombardement Dresdens, Judendeportationen in Vichy-Frankreich, Quisling in Norwegen, deutsche Truppentransporte durch das neutrale Schweden, Greueltaten der Roten Armee - Stichworte nur einer langen Liste. Jeder Deutsche, ob er es sich nun eingestehen will oder nicht, trägt schwer am Erbe des Dritten Reiches. Grund genug, zu Österreich zu schweigen, weil Österreich sich als Opfer und nicht als Täter fühlt, unbeschadet der Tatsache, daß die überwiegende Mehrzahl der Österreicher nur allzu begeistert heim ins Reich marschierte?"

7.

Doch ist die Differenziertheit einer Antwort, wie sie Richard von Weizsäcker gegeben hatte, möglicherweise auch für die bundesrepublikanische Situation nicht so typisch, wie sie im Vergleich erscheint - zumindest ist sie kein Freibrief dafür, nun mit Fingern auf den österreichischen Nachbarn zu zeigen, denn weder die Schuld am Nationalsozialismus, am Faschismus in Europa, noch die Skurrilität der Vergangenheitsbewältigung in der öffentlichen Diskussion sind auf Österreich beschränkt.

Es ist also angebracht, als Deutscher selbstkritisch darüber nachzudenken, ob der Vergleich zu Richard von Weizsäcker im Hinblick auf die Charakterisierung kollektiver Reaktionen angebracht ist oder ob der erhobene Zeigefinger mancher deutscher Blätter nicht unbewußt zur übersteigerten Reaktion der brüskten Ablehnung ausländischer Einmischung beitragen müßte. (19) Das "Hamburger Abendblatt", ein keineswegs linksliberaler Umtriebe verdächtiges, weltstädtisches Regionalblatt mit überregionaler Reputation, schrieb zum Beispiel am 19. März 1986 in einem Kommentar auf S. 2.:

"Es ist möglich, daß die Österreicher nach dem ingrimmigen Motto 'jetzt grad extra' am 4. Mai Kurt Waldheim zu ihrem neuen Bundespräsidenten wählen. Dann haben die beiden Nachbarstaaten in Richard von Weizsäcker und Kurt Waldheim Präsidenten, die symbolhaft für eine befleckte Vergangenheit stehen können. Mit einem erheblichen Unterschied - Weizsäcker hat mannhafte zugegeben, daß er gewußt hat. Waldheim bisher leider nicht."

Um die Proportionen richtig einschätzen zu können, müßte darauf verwiesen werden, daß in der Bundesrepublik der Präsident nicht vom Volk, sondern von der Bundesversammlung gewählt wird. (20) So muß der Vergleich, der sich indirekt auch auf die Art und Weise der kollektiven Vergangenheitsbewältigung bezieht, auf das Verhalten einzelner Personen (die allerdings repräsentativ sein können) relativiert werden. Es ist uner-

giebig, darüber zu spekulieren, was in der Bundesrepublik Deutschland in einem vergleichbaren Fall wie in Österreich geschehen wäre. Spekulieren läßt sich nur über die Reaktionen einzelner Personen (hier Weizsäcker, dort Waldheim), einzelner Parteien, die hinter den Kandidaten standen, der Bevölkerung und der Presse. Nur in dieser Differenzierung läßt sich der Vergleich auch wissenschaftlich anwenden. Nur in dieser Relativierung läßt sich der eklatante Unterschied der persönlichen Reaktionen mit den Reaktionen der Bevölkerung, für die sich Repräsentativität in der Persönlichkeit ausmachen läßt, auf das Kollektiv übertragen.

Man wird dabei feststellen, daß Richard von Weizsäcker mit persönlichem Stil und parteipolitischer Unabhängigkeit (trotz der parteitaktischen Kalküle bei seiner Nominierung zum Kandidaten, von denen er sich schnell emanzipierte) zu einer *Kristallisation* der offeneren und selbstbewußteren Auseinandersetzung mit den dunklen Vermächtnissen der Vergangenheit werden konnte. Offensichtlich hat die Personalisierung der Politik, die in der Position der Bundespräsidenten Österreichs und der Bundesrepublik angelegt ist, hier ihre funktionale Bedeutung für die Demokratie gezeigt.

Weizsäcker ging vor allem in seiner Rede zum 8. Mai 1945 gegen das an, was Maximilian Gottschlich in einer Kritik der Massenpublizistik die "Programmierung des Vergessens" nannte. (21) Er gab der Presse und dem Fernsehen das Stichwort. Doch konnte er dieses Stichwort nur geben, weil er seine Betroffenheit, seine Verstricktheit in die Geschichte dieser Zeit offen deklariert hatte.

Das Ansehen, das Weizsäcker sich (und damit der Bundesrepublik) im *Ausland* erwarb, verdichtete die kristallisierende Wirkung in der Öffentlichkeit und neutralisierte die auch in der Bundesrepublik deutlich sichtbaren Tendenzen des Antisemitismus und einer irrationalen Ausländerfeindlichkeit.

8.

Daß deutschsprachige Kommentatoren irritiert reagieren, wenn die Betroffenheit vom Nationalsozialismus mit Begriffen wie "Pflichterfüllung" gekennzeichnet wird, liegt vor diesem Hintergrund nach der lang anhaltenden Diskussion auf der Hand. So zeigte sich am 11. März z. B. der damalige Wiener Korrespondent der "Süddeutschen Zeitung", Hannes Burger, seltsam berührt über den "Opportunismus" Waldheims, den auch Simon Wiesenthal häufiger geziehen hatte. Denn gerade dieser Opportunismus, so der Tenor, sei ja die Triebfeder für die stürmische Verbreitung des nationalsozialistischen Flächenbrandes gewesen - was immer an verträumten Deutschtümeleien damaliger österreichischer Politiker noch eine Rolle gespielt haben mag. Es sei bezeichnend für die

österreichische Mentalität, daß jene Stellen in der Biographie Waldheims nicht aufgeschienen seien, um die es in der Diskussion dann immer wieder ging - ein Zeichen, so Burger, für die Selbstverständlichkeit, mit der die Vergangenheit aus den persönlichen "Archiven" verschwände.

Daran, am "Taktieren von heute", wie die "Weltwoche" am 13. März schrieb, entzündete sich der Unmut, und nicht an der kollektiven Einnahme vieler junger Menschen durch den Nationalsozialismus. Eine solche Auseinandersetzung als "Einmischung" zu diskreditieren, konservativ-bürgerliche Blätter wie die "Salzburger Nachrichten" als Lakaien "roter" Politik zu desavouieren und damit die Glaubwürdigkeitsfrage im Spektrum der verhandelten Topoi des Wahlkampfes zu neutralisieren (22), mußte ausländischen Beobachtern als eindringlicher Beleg ihrer These erscheinen, daß hier, im Österreich des Sommers 1986, eine publizistische Verdrängung wichtiger Fragen betrieben wurde. (23)

Anmerkungen:

1) Vgl. Arnulf Baring: Der Machtwechsel, München 1984, S. 94

2) Vgl. Holger Rust: "Politischer" Journalismus, Tübingen 1982. In dieser Studie, die sich auf verschiedene Landtagswahlkämpfe bezieht, wurden Anteile an der "Ambienteberichterstattung zwischen 25 % im Juni 1982 in Hamburg, 18 % im Dezember 1982 ebenfalls in Hamburg (bei der sogenannten "Wiederholungswahl") und 38 % im März 1982 im Flächenland Niedersachsen festgestellt. Die Frage, ob in einem stark strukturdifferenzierten Flächenland ein größerer Anteil integrativ-symbolischer Aspekte in der Publizistik realisiert wird, ist noch zu untersuchen. Die österreichische Erfahrung 1986 zeigt allerdings, daß andere integrativ-symbolische Fragen von drängender Ernsthaftigkeit in den Vordergrund rücken können. Auch hier steht der Vergleich zur Berichterstattungsstruktur früherer Wahlen noch aus.

3) Die Ergebnisse des Gesamtprojekts, das sich aus einer Inhaltsanalyse der Wahlkampfberichterstattung wichtiger Tageszeitungen in Österreich und aus zwei Befragungen (quantitativ und offene Interviews), die zu jeweils vier Zeitpunkten während der beiden Wahlkampfphasen durchgeführt wurden, zusammensetzt, werden voraussichtlich im Frühjahr 1987 als Bericht vorliegen

4) Vgl. Holger Rust: Kommunikationstheorien im Kontext der Geschichte ihres Gegenstandes. Referat auf der Tagung "Wege zur Kommunikationsgeschichte"; Veröffentlichung im Tagungsband, voraussichtlich München 1987.

5) Mehr als ein Zehntel der wahlkampfbezogenen Berichterstattung der NEUEN KRONENZEITUNG waren diesem Issue gewidmet.

6) Alexander Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern, 8. Aufl. München 1985.

7) Viktor Reimann: Der Anachronismus. NK, 4. Mai 1986, S. 2; vgl. dazu: Reimann: Schluß mit der Hetze. 19. April 1986, S. 10: "Die sogenannte Vergangenheitsbewältigung ist im Grunde nur Blabla und von Leuten inszeniert, die seit 40 Jahren den Blick auf die Vergangenheit lenken wollen, damit man die Verbrechen der Gegenwart übersieht."

Vgl. weiter: Humbert Fink, 12. April 1986: "Ist Österreich jetzt endgültig auf Braunau gekommen? Sind die Verantwortlichen dieser Republik nun tatsächlich verurteilt, einem geistigen und moralischen Niveau zu gehorchen, das erschreckende Folgen zeigt? - Es vergeht kaum noch ein Tag, an dem nicht irgendein vorlauter Mund das fordert, was man Vergangenheitsbewältigung nennt. Verbales Heldentum ist in Mode gekommen." ; ähnlich argumentiert Fink am 22. April:

Er beschreibt die Probleme der Gegenwart, insbesondere das Waldsterben und schließt mit dem Fazit: "Und was tun wir? Waldheim, Steyrer, Androsch, Bundesländer, parteipolitisch geschürter Haß und das Geschrei um eine Vergangenheitsbewältigung, während uns die Gegenwart in Form sterbender Bäume auf den Kopf fällt..."

8) Staberl auf S. 4. der Ausgabe des 13. April 1986 "Wem der seltene Vorzug des Schicksals zuteil geworden ist, sich diese dreckige Zeit durch rechtzeitige Flucht ins Ausland zu ersparen, verdient unsere Glückwünsche. Wir aber, die Unglücklichen, verdienen es wiederum nicht, von den Glücklichen im Nachhinein darüber belehrt zu werden, was wir damals hätten tun sollen. Das ist kein Thema für Emigranten."

9) Viktor Reimann am 6. April 1986, S. 2: "Das können die jungen Menschen von heute nicht verstehen, für die Wehrdienstverweigerung ein Zeichen der Klugheit, die Ableistung des Wehrdienstes ein Zeichen der Dummheit ist. Das Wort Pflicht ist überhaupt verpönt. Wehrdienstverweigerung bezahlte man aber im Dritten Reich mit seinem Kopf." In Staberls Kolumne wird der Aspekt vertieft, wenngleich sich dort eine der wenigen distanzierten Äußerungen zu Waldheims Auffassung der Pflichterfüllung findet. 15. April: In einem (fiktiven?) Leserbrief ist die Klage über das Unverständnis der jungen Generation zu lesen, die die Väter Verbrecher nennt, die den Wiederaufbau geschaffen haben, weitere Leserbriefe bestätigen am 22. 4. diese Sichtweise.

30. 4. 1986: "Junge Leute von heute, die, wenn sie keine Lust zum Militärdienst verspüren, vor der zuständigen Kommission erscheinen und dort ihr - zuvor womöglich in fortschrittlichen Jugendverbänden gut einstudiertes - Sprüchlein von ihren 'Gewissensgründen' aufsagen, werden vielleicht insgeheim meinen, es sei damals auch so oder jedenfalls so ähnlich gewesen."

29. Mai 1986, S. 2: "Die gewissen Jungwähler von heute verwechseln die Lage damals in fataler Weise mit der Lage von heute. Heute nämlich kann man ja, wenn man gegen den Militärdienst 'Widerstand' zu leisten wünscht, jederzeit vor eigens installierten Kommissionen aussagen, daß man den Dienst mit der Waffe aus Gründen des Gewissens, der Ideologie oder der Religion leider, leider ablehnen müsse. Und wenn man zuvor auch von seiten der entsprechenden Organisationen die richtigen Argumente eingelernt bekommen hat, dann ist die Sache auch schon gelaufen..."

10) Ein Beispiel indirekter Art findet sich in Staberls Kolumne

am 23. April, S. 4.: "Ebenso sicher wie ein überwiegender Teil der Bevölkerung des Großdeutschen Reiches unseligen Angedenkens nichts von der Massenvernichtung der Juden gewußt hat (vgl. dazu Viktor Reimann H. R.), so haben auch zweifellos die wenigsten Sozialisten etwas von der üblen Geschichte gewußt, die da von einigen Gesinnungsgenossen ... in die Wege geleitet worden ist." Am 26. April spricht Humbert Fink von "Brandstiftern", denen das Handwerk gelegt werden müsse. Deutlicher wird die Analogie der Taktiken in den Leserbriefen zu verschiedenen Wahlkampf-Kolumnen Staberls. "Daß eine so seriöse Zeitung wie die 'New York Times' derartige Auslassungen abdruckt, die bedenklich an die des 'Stürmer' unseligen Angedenkens erinnern, daran erinnert Viktor Reimann am 26.4. auf S. 6.

11) Staberl: "Die arroganten Spätgeborenen", 30. 4. 1986, S. 2: Aber wer heute die Frage aufwirft, wieso denn der Oberleutnant Waldheim seinerzeit bei einem Stab in Griechenland Dienst gemacht habe, obgleich auch dort Partisanen umgebracht und Juden deportiert worden sind, handelt kaum gescheiter als ein anderer, der da zynisch und dumm fragen wollte, wieso sich denn Singers Vater diese unwürdige Behandlung (mit einer Zahnbürste die Straße reinigen zu müssen, H. R.) habe gefallen lassen.

12) Indirekt wird das Thema von Ernst Trost am 12. 4. 1986, S. 3. angesprochen, wenn vom ehemaligen Bundespräsidenten Miklas die Rede ist, der dem Druck der Nazis nur Stunden standhalten konnte. Am 20. April setzte sich Staberl in seiner Kolumne definitiv mit der Frage auseinander, wenn von Vorwürfen gegen Kirchschräger die Rede ist: "Hätte er nicht im Interesse des antifaschistischen Kampfes seine Uniform hinschmeißen müssen? - Gewiß, Kirchschräger hätte dies theoretisch tun können. Wir alle, die wir damals in die deutschen Uniformen gesteckt worden sind, hätten das tun können. Aber nur dann, wenn wir an einer besonders sicheren Art des Selbstmordes interessiert gewesen wären." Noch einmal greift Staberl das Thema am 30. April auf: "Daß im heutigen Israel gedankenlose junge Menschen solche Fragen allen Ernstes stellen, daß sie achselzuckend meinen, ihre Eltern und Großeltern hätten eben energisch dreinschlagen sollen, statt widerstandslos in die Konzentrationslager zu gehen, zeigt nur, wie recht Kohl hat: Die Arroganz der Spätgeborenen ist keinen regionalen Beschränkungen unterworfen." Am 29. Mai wird Waldheims Situation in diesen Kontext gestellt: "Eine der Fragen eines 'Jungwählers', vorgebracht nach Waldheims Aussage, er sei alles andere als ein Nazi gewesen, lautete wie folgt: 'Warum sind Sie dann nicht in den Widerstand gegangen?' Aha. Jetzt weiß es also der Waldheim. Jetzt wissen es mehr als eine halbe Million weiterer Österreicher, die seinerzeit in Hitlers Armee Dienst tun mußten. In den 'Widerstand' hätten sie alle gehen sollen. So sehen es zumindest gewisse 'Jungwähler' von heute

13) Vgl. NK des 2. April oder des 25. Mai. Wiesenthal wird zwar jeweils richtig, doch selektiv zitiert. Die Frage der Glaubwürdigkeit bleibt ausgespart. Der Vergleich der NK-Berichterstattung vom 1. und 2. April mit einem Interview in der Wochenpresse vom 1. April dokumentiert diese selektive Präsentation deutlich. Noch klarer wird die Praxis im Vergleich zu entsprechenden Darstellungen von Wiesenthal-Äußerungen in der internationalen Presse.

14) Alphons Silbermann: Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1982

15) Dieter Kindermann konstruiert am 9. April auf S. 3 der NK zusätzlich eine Äquivalenz zwischen den Vorwürfen gegen Waldheim und der Frage nach den Motiven des Kirchenaustritts Steyrers. Das setzt sich im Politikartikel der Seiten 2 und 3 dieses Tages von Peter Gnam fort und bietet den Hintergrund für Staberls ironische Auseinandersetzung mit "neuen Enthüllungen" über beide Kandidaten. Das bedeutet, daß die jeweiligen Vorwürfe nicht in der ihnen angemessenen Eigenart diskutiert werden, sondern als wahltaktische, verleumderische Manöver.

16) Vgl. das schon erwähnte Interview der Wochenpresse mit Wiesenthal; darüber hinaus die Zitierungen seiner Aussagen in der "Frankfurter Rundschau" vom 23. April 1986, in "The Times" vom 19. Mai 1986 und in der "International Herald Tribune" vom 19. Mai 1986.

Im Magazin "Newsweek" wird Wiesenthal zitiert: "Simon Wiesenthal said there was no evidence that Waldheim had been involved in war crimes. But Wiesenthal found Waldheim's claim of ignorance incredible. 'He is reacting as he is in a panic,' Wiesenthal said. 'I don't understand, why he is lying.'"

17) Vgl. Staberl, NK 11. Mai 1986, S. 4

18) Viktor Reimann schreibt am 26. 4. auf der S. 6 der NK über die USA, "deren Massenmedien sich wieder einmal herausnehmen, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes massiv einzumischen." Dieser Vorwurf greift an der internationalen Konvention des freien Austausches von Informationen vorbei, suggeriert aber seine Rechtfertigung durch die implizite Identifikation mit der entsprechenden völkerrechtlichen Übereinkunft. Eine solche Identifikation widerspricht jeder journalistischen Praxis westlicher Demokratien.

19) Folgerichtig spielt das Thema der Doppelmoral ausländischer (und insbesondere amerikanischer) "Einmischungen" eine wichtige Rolle in der NK-Berichterstattung. Die Intonierung des Leitmotivs findet am 29. März in einem Beitrag von Seinitz statt. In der Folge taucht das Motiv immer wieder auf - so am 13. April bei Viktor Reimann, belegt durch ein Zitat C.G. Jungs, nach dem die Siegernationen genau dieselben "fatalen Anlagen zur Kollektivität" besäßen; bei Staberl am 12. Mai, deutlicher noch bei Peter Gnam, der innenpolitische Motive in Israel und in den USA vermutet, am 23. Mai 1986 auf S. 3. "Auch die Amerikaner täten gut daran, beispielsweise einmal der Verantwortung ihres Präsidenten Roosevelt für den Krieg und den Verrat an Osteuropa eine größere Aufmerksamkeit zu schenken," ergänzt Viktor Reimann am 25. Mai 1986 auf S. 2.

20) Aus dem Wortlaut des Grundgesetzes der Bundesrepublik: Art: 54, 1: Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat. (...): 3: Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksver-

treten der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. (...); 6: Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt."

21) Referat, gehalten auf der Tagung "Wege zur Kommunikationsgeschichte"; Veröffentlichung im Tagungsband, voraussichtlich München 1987.

22) Vgl. Staberl, 26. März 1986: "Wird ... ein Schwarzer angegriffen, dann finden sich sofort Lakaien, die willig das rote

Propagandageschäft besorgen." Vgl. auch Staberl, 3. April zur Glaubwürdigkeitsfrage; Dieter Kindermann zu diesem Thema am 24. April auf S. 2; Peter Gnam am selben Tag auf S. 3. Staberl noch einmal am 6. Mai auf S. 4 und schließlich noch einmal Dieter Kindermann auf S. 2 des 17. Mai 1986

23) Vgl. "Die Welt", 13. März 1986; vgl. auch "Weltwoche", Zürich, 10. April 1986: "Späte Quittung für die braune Lebenslüge. Mit Waldheim hat eine ganze österreichische Generation ihre NS-Vergangenheit nur vertuscht"; "Frankfurter Rundschau", 3. April 1986: "Politische Lebenslüge"; "Neue Zürcher Zeitung" 13. April 1986: "Schatten der Vergangenheit über der Präsidentenwahl in Österreich"

Zur Entwicklung literarischer und politischer Öffentlichkeit in den fünfziger Jahren

Friedrich B. Panzer

ACHTUNG:
Was besteht ist veraltet.
(Oswald Wiener)

Die Kulturpolitik aller österreichischen Parlamentsparteien war nach 1945 vom Wunsch gekennzeichnet, eine Kultur (wieder-)erstehen zu lassen, die sich kaum von der im Ständestaat proklamierten "österreichischen Mission" unterschied. Sprach der kulturelle Sprecher der Kom-

munisten, Ernst Fischer, von einer "österreichischen Aufgabe" gegenüber der Welt, so meinte er im Grund dasselbe. Hans Heinz Hahn schreibt in diesem Zusammenhang, daß Fischer ebenso wie die konservativen Kulturpolitiker dem "volksfremden Kosmopolitismus" die österreichische Volkskultur gegenüberstellte. (1) Kurz: Zwischen politischen und kulturellen Reaktionären ist zu unterscheiden. In Österreich allerdings vereinigten sich - vor allem in der Kulturbükratie - oft

beide Gesinnungen in einer Person.

Als wichtigste Strömung in der Zweiten Republik darf diese alte und zugleich neue Österreich-Idee angenommen werden. Nicht nur, daß sie als Abgrenzung gegenüber Deutschland gedacht war (wobei sehr bald der ökonomische und kulturelle "Anschluß" an die BRD folgen sollte), sie war auch Grundlage eines weitgehenden Konsenses in der Führung der politischen Parteien und Institutionen - selbst wenn Anfang der fünfziger Jahre Anschlußideen kurzfristig wieder en vogue waren.

Der (Neu-)Besetzung von Positionen in Staat, Gesellschaft und Kulturverwaltung folgte rasch eine einseitige Kunst- und Literaturförderung, die in dieser Form durchaus eine Novität war. Neu war die Lage nicht zuletzt deshalb, weil die wenigen überlebenden und zurückgekehrten Redakteure und Künstler, die zuvor als Oppositionelle galten oder flüchten mußten, einfach keinen Rückhalt fanden. Ihre kritischen Stimmen waren die Stimmen weniger - sie waren zu leise und wurden nirgendwo verstärkt. Vor allem aber trafen sie, wenn wie gehört wurden, meistens auf die verständliche, wenn auch nicht wünschenswerte Reaktion jener, die nicht an ihre eigenen "Fehler" bzw. an die Mitschuld Österreichs an den nationalsozialistischen Verbrechen erinnert werden wollten. Wie sollte in dieser Atmosphäre - die auch von ehemaligen NS-Gegnern mitgetragen wurde - eine kritische Presse oder eine engagierte Literatur entstehen können? Eine einflußreiche, konsensbedachte Mehrheit stand einer verschwindend kritischen Minderheit gegenüber. Personen, die sich dem diktierten gesellschaftlichen Konsens nicht fügen wollten, waren wie Ernst Fischer oder Viktor Matejka bald aus dem offiziellen öffentlichen Leben verschwunden - mit ausschlaggebend war der wieder aufbrechende Konflikt zwischen Ost und West.

Deutlich zeichnete sich mit dem Vorgang der Verdrängung unangenehmer Wahrheiten über die nationale oder persönliche Vergangenheit auch der Gegensatz zwischen Macht und Kritik ab. Die strategisch geschickte und multilateral möglicherweise notwendige Förderung der "Österreich-Ideologie" wurde von allen wichtigen Parteien und Institutionen betrieben. In den mächtigen Einrichtungen des Staates profilierten sich rasch jene Personen, deren Arbeit und Einstellung den Zielsetzungen des politischen Systems entgegenkam: "Die in den fünfziger Jahren feststellbare Tendenz offizieller Stellen, mit Hilfe wichtiger Literaturpreise Autoren verstärkt wieder ins öffentliche Bewußtsein zu heben, die bereits in der Zeit des Ständestaates und auch während der Zeit des Nationalsozialismus eine gewisse Rolle gespielt hatten, brachte neben einer zum Teil fragwürdigen Orientierung auf die 'Österreich-Ideologie' der Zwischenkriegszeit unter Umständen auch die Hypothek einer einseitigen Traditions- und Kanonbildung, die vermut-

lich in bestimmten Teilbereichen der Schule bzw. der öffentlichen Meinung bis heute bestimmend geblieben ist - bestimmend geblieben auf Kosten jener Autoren, die nicht im autoritären und faschistischen Österreich bleiben konnten oder wollten. (.....)

Dabei gab es unmittelbar nach Kriegsende vehemente Ansätze, einer bewußtlosen Traditionsbildung entgegenzuwirken. Die Zeitschrift "Plan" hat in ihrem ersten Heft vom Oktober 1945 mit großem moralischen Anspruch und mit einer der aktivistischen Programmatik der Zeitschrift durchaus entsprechenden Entschiedenheit eine Auseinandersetzung mit den, so wurde postuliert, für die politische Entwicklung des Dritten Reiches 'MITVERANTWORTLICHEN' Autoren gefordert. (.....) Doch diese angekündigte Auseinandersetzung mit der österreichischen nationalsozialistischen Literatur blieb aus". (2)

Zusammenfassend kann behauptet werden, daß sich die alliierte Kultur- und Medienpolitik auf die Entwicklung von gesellschaftspolitisch relevanter Literatur und engagiertem Journalismus negativ ausgewirkt hat (Zensur) und der Fortsetzung vorherrschender (opportunistischer) Gesinnungen dahingehend Vorschub leistete, als daß Demokratie von "oben" verordnet und dieser Verordnung eben Folge geleistet wurde.

Aus dieser Perspektive scheint noch weniger überraschend, daß eine liberale Presse, die sich mit Recht als "unabhängig" hätte bezeichnen dürfen, nicht entstehen konnte. Die Boulevardisierung mit der damit einhergehenden Simplifizierung der Inhalte auf der einen Seite und die weltanschaulichen Fixierungen auf der anderen Seite bereiteten den Exodus der Schriftsteller aus den Massenmedien deshalb vor, weil die jungen nachrückenden Autoren entweder ohnehin ausgeschlossen wurden oder sich nicht "institutionalisieren" lassen wollten.

Ganz entscheidend für beide Genres, für Journalismus und für die Literatur, wirkten sich die personellen Strukturen aus. Juden, Systemkritiker, Antifaschisten, Demokraten, Kommunisten, Sozialdemokraten, das liberale Großbürgertum und die Aristokratie wurden - sofern sie sich deklarierten - bis 1945 fast bis zur Bedeutungslosigkeit reduziert. Ständestaat und Nationalsozialismus waren kleinbürgerliche (in gewisser Hinsicht auch revolutionäre) Ideologien, die mit dem Selbstverständnis des kurz sightigen, intoleranten und national gesonnenen "Bürgers" operierten, denen apathisches Mitläufertum entgegenarbeitete und die Opportunisten ein reiches Betätigungsfeld innerhalb der gerissenen Lücken boten. Dazu gehörten vor allem diejenigen Personen und Schriften, welche in der NS-Ära gefördert wurden oder geduldet waren und bald nach Kriegsende wieder Einfluß auf Politik, Gesellschaft und Geistesleben der Republik nahmen. Ein Beispiel ist sicherlich Otto Schulmeister, der noch 1944 (!), wie Fritz Hausjell in der letzten

Nummer von MEDIEN UND ZEIT belegte, in der nationalsozialistischen "Donauzeitung" seine Hetzartikel schrieb.

Der Vorwurf der "versäumten Erneuerung" ist zwar berechtigt, durchaus verständlich wird aber auch, daß keine solche stattgefunden hat. Der politische, gesellschaftliche und kulturelle (Wieder-)Aufbau vollzog sich in spezifischer Form unter den Direktiven der Eliten und vermutlich mit entscheidender Befürwortung einer Mehrheit der Bevölkerung. Diese gleichgesinnte Majorität in Bürokratie, Journalismus und Literatur wollte gemeinsam mit den politischen Parteien jenen gesellschaftlichen Konsens durchsetzen, der mit den Begriffen "Österreich" und "Demokratie" die Mitschuld der Österreicher am Völkermord in die Opfer-Legende umwandelte und der kritischen Betrachtungen und Reflexionen zur jüngsten Vergangenheit keinen Raum ließ. Mit der "Österreich-Idee" agierte eine pragmatische Regierung gegenüber den Besatzungsmächten, um eine Wiederherstellung der staatlichen Souveränität ohne allzu große Nachteile zu beschleunigen. Zweitens war dieser Mythos einer beträchtlichen Anzahl von Österreichern dienlich, um eventuelle Schuldgefühle zu überdecken - kritische Intellektuelle oder Juden waren in diesem Prozeß der raschen Verdrängung nicht willkommen: Die Weigerung offizieller Stellen, vertriebene und emigrierte Opfer der NS-Diktatur zurückzuholen, spricht für sich. (3) Schließlich waren drittens alle Parteien und führenden Institutionen bestrebt, eine erneute Polarisierung der Gesellschaft zu verhindern und sich jene Loyalität der Untertanen zum neuen Staat zu sichern, die in der ersten demokratischen Regierungsform kaum jemals jenen Grad erreichte, der das System von der Basis her abgesichert hätte.

Die Weichen waren damit gestellt und die wenigen Kritiker dieses Arrangements ohne Diskurs verfügten weder über die Macht noch über die Durchsetzungskraft, den einmal beschrittenen Weg zu ändern. Die Ausschaltung des Konfliktpotentials manifestierte sich ökonomisch in der institutionalisierten Sozialpartnerschaft, politisch im Werben der Großparteien um die Stimmen ehemaliger Nationalsozialisten und kulturell in der Strategie der Theater und Verlage: Auch hier sollten keine Gräben aufgerissen werden. Sicherlich kein Zufall, daß bis 1960 (!) in Österreich kein Stück von Brecht aufgeführt wurde und Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt kaum beachtet worden sind.

Wien war nicht nur Zentrum der politischen Restauration, sondern auch Heimstätte eines reaktionären und überholten Kunstverständnisses. Reaktiviert wurden von kulturpolitischen Einrichtungen, d. h. von dort tätigen Funktionären - mitunter nach einer kurzen und pietätvollen Pause -, hauptsächlich jene Schriftsteller und Journalisten, die entweder als "Unpolitische" die großdeutschen Jahre mehr recht als schlecht erlebten,

oder vielfach die flexiblen Anhänger der österreichischen Faschismus-Variante von 1934 bis 1938. Der Löwenanteil von Stipendien, Förderungen und Literaturpreisen ging an jene, die bereits von den vergangenen elf Jahren Autoritarismus her solche Ehrungen gewohnt waren und sie gemessen entgegnen zu können mußten. (4)

Unter den ersten zehn Staatsträgern des Österreichischen Staatspreises für Literatur befanden sich - Zufall oder nicht? - den Proporzregeln der politischen Administration vergleichbar drei zurückgekehrte Emigranten (Felix Braun, Martina Wied und Theodor Csokor), drei Autoren, die sich ehemals deutlich zum Nationalsozialismus bekannten (Max Mell, Franz Nabl, Franz Karl Ginzkey) und vier Personen, die entweder als Wehrmachtsoffiziere (Josef Leitgeb, Heimito von Doderer) und/oder "schweigend" (Rudolf Henz, Rudolf Kassner) den NS-Staat überlebten. Keiner dieser Staatsdichter gehörte zu jenen Intellektuellen, die sich mit dem autoritären Regime 1934 bis 1938 nicht arrangieren konnten oder wollten und nach dem Februar 1934 das Land verließen - wie etwa Robert Neumann, Paul Frischauer, Ferdinand Bruckner oder Manès Sperber. Einige der Preisträger fungierten im Ständestaat als Juroren oder als Beamte in der ständestaatlichen Kulturadministration (Max Mell, Rudolf Henz, Franz Karl Ginzkey und Felix Braun).

Besonders auffällig ist aber das Gemeinsame in den Werken dieser Literaturpreisträger. Alle zehn Autoren thematisieren in erster Linie Heimat, Religion, Naturverbundenheit und - fast immer - auch das "alte" Österreich. Der Innsbrucker Stadtschulinspektor Josef Leitgeb wurde mit Landschafts-, Naturgedichten und autobiographischen Innerlichkeitsromanen bekannt, Felix Braun entwarf in seinem umfangreichen Roman "Agnes Altkirchner" ein Bild Österreichs von 1913 bis 1919, Martina Wied schrieb tiefsinnig-hintergründige Romane, Rudolf Henz war die christlich-katholische Grundhaltung und seine starke Heimatverbundenheit ein literarisches Anliegen, der Privatgelehrte Rudolf Kassner verfaßte in den dreißiger Jahren neuromantische Essays und wollte eine "universale Physiognomik" entwerfen, Max Mell wies in seinen volkstümlichen Legendenspielen auf die "todbringende Gefahr" des "atheistischen Bolschewismus" ("Apostelspiel") hin, Theodor Csokor behandelte vorrangig ethische Probleme und in seinem Schauspiel "Dritter November 1918" den Zerfall der Donaumonarchie, Franz Nabl stand ganz in der Erzähltradition des 19. Jahrhunderts und beschrieb die Einsamkeit des Menschen in der österreichischen Provinz und Franz Karl Ginzkey veröffentlichte neben historischen Romanen Heimatlyrik und romantische Balladen. Heimito von Doderers Werke fügten sich mit ihrer inhaltlichen Bezugnahme auf Monarchie und Erste Republik in die absichtlich oder unabsichtlich verfolgten Ziele der Kulturpolitik, obwohl Doderer im Vergleich

mit anderen geradezu revolutionär wirkte - allerdings nur im ästhetischen Bereich.

Die Gegner dieser inneren Übereinstimmung der politischen, administrativen und kulturellen Eliten konnten sich in der Öffentlichkeit nur schwer durchsetzen. Milo Dor erzählte, daß sein Roman "Tote auf Urlaub", ein engagiertes Buch gegen Krieg und Diktatur, vom DONAU-VERLAG (dessen Direktor damals Julius Deutsch war!) deshalb abgelehnt wurde, "weil jetzt nicht die Zeit wäre, über solche schrecklichen Dinge zu sprechen". (5) Das war Anfang der fünfziger Jahre. Doch auch nach der Besatzungszeit änderte sich nicht viel an der Konfliktscheu. Claus Gatterer, stellvertretender Chefredakteur des parteiunabhängigen "Expreß", schrieb 1959 im FORUM unter dem Titel "Die Presse ist selber schuld": "In der politischen Praxis Österreichs wird der Zeitung nur eine untergeordnete, dienende Rolle zugebilligt. Sie ist Instrument. Sie wird informiert, wenn man sie braucht, und erhält nicht mehr Nachrichten-Brocken, als man der Öffentlichkeit oder dem politischen Gegner vorwerfen will. Wird eine Zeitung unbequem, ergreift man Repressalien, die von der freundschaftlichen Rüge bis zur Nachrichtensperre reichen." (6) Wesentlich für die kritischen Autoren dürfte aber gewesen sein, daß, wie Gatterer beklagt, die parteiunabhängige Journalistik nie ein echtes Rezept gegen die Verdrängung des Staatsdenkens durch das Parteidenken gefunden und geboten hat. (7)

Die innenpolitische Berichterstattung war "öde, uninteressant und provinziell", und die Liste der Tabus "endlos". Als Beispiele führt Gatterer an, daß man nicht über die Beteiligung von Österreichern an Nazi-Greueln schreibt, daß auf Preissteigerungen nicht warnend hingewiesen wird und daß die Klagen der Kärntner Slowenen einfach als unverschämte Forderungen titokommunistischer Elemente abgetan werden, weil nationale Leserkreise verstimmt werden könnten. (8)

In einer Rede (9) attackierte Alexander Lernet-Holenia diesen "ausgesprochenen Fraktionszwang im Sinne des GESAMTEN Zeitungswesen", sparte aber auch nicht mit Selbstkritik: "Im allgemeinen gilt ein Literat als derjenige, mit dem anzubandeln gefährlich ist, weil er sich sofort bei der Öffentlichkeit beklagen kann. Nichts ist unrichtiger. (...) Es hat Zeiten gegeben, zu denen die Politiker vor den Journalisten gezittert haben. Heutzutage zittern nur mehr die Literaten vor den Redakteuren, die an jenen Unglücklichen alles Unbehagen abreagieren, das sie ihrerseits vor ihren Auftraggebern empfinden. (...) Es wirkt aber trotzdem auf die Dauer verstimmend, ja geradezu langweilig, wenn sie ständig bereit sind, die Feder ins Korn zu werfen und die Schreibmaschine mit dem Hasenpanier zu vertauschen." (10) In gewisser Hinsicht dürfte stimmen, daß die Autoren "politisch, wirtschaftlich und sozial nichts mehr zu melden" hatten, daß "kein Hahn auch nur noch daran (dachte), nach (ihren) Mei-

nungen zu krähen." (11) Dennoch konnten Schriftsteller wie Hans Weigel, Friedrich Torberg, Rudolf Henz u. a. ihren Einfluß geltend machen - solange sie nicht an den ideologischen Grundlagen der neuen Republik rührten. Die beiden ersteren waren maßgeblich am absurden Antikommunismus an den österreichischen Bühnen beteiligt.

Einerseits beherrschte dieser österreichische Konsens, der Sozialpartnerschaft, Westintegration, Antikommunismus und Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit harmonisch in Einklang brachte, das öffentliche Klima, und andererseits wurde eine entgegengesetzte Strömung in den Massenmedien zum Hindernis für literarische Außenseiter, sich dort vielleicht auch politisch zu Wort zu melden: Die von Claus Gatterer so treffend bezeichnete Verdrängung des Staatsdenkens durch das Parteidenken. Dem typisch österreichischen Konsensklima stand die parteipolitische Ausrichtung fast aller Zeitungen gegenüber. Zuweilen hatte die kleinbürgerlich-parteiideologische Gegnerschaft absurde Folgen.

Kurt Kahl, einst Ressortchef bei der von der SPÖ finanzierten Kulturzeitschrift "Heute" (1958 - 1962), berichtete, (12) daß man dort mit parteikritischen Schlagzeilen (der Inhalt der Artikel war dann eigentlich nicht aufregend) Auflagensteigerungen erzielte. Bald verlangten einige Spitzenfunktionäre die Einstellung der Zeitschrift. Knapp vor Jahresende 1961 wurde eine Parteivorstandssitzung einberufen. Ein Schneesturm (!) verhinderte die Anreise der Pro-"Heute"-Mitglieder aus dem Westen und mit einer Stimme Mehrheit wurde die Einstellung beschlossen. Bruno Kreisky schlug vor, per Telefon die Stimmen der Abwesenden einzuholen, worauf Olah drohte, sich in Zukunft auch nicht mehr an Mehrheitsbeschlüsse zu halten. "Heute" wurde eingestellt. Doch nicht nur das Abgehen von einer parteipolitisch-dogmatischen Linie zog Konsequenzen nach sich. Die in Zeitungen oder Zeitschriften als freie Mitarbeiter tätigen Schriftsteller konnten meist nur ENTWEDER in einer SP- ODER in einer VP-Zeitung schreiben - obwohl sie ohnehin kaum politische Texte ablieferten. Das Lagerdenken in den verschiedenen Blättern war, so Kahl, wesentlich ausgeprägter als heute (?). Eine von Kahls Mitarbeiterinnen bei der "Arbeiter-Zeitung", die Anfang der sechziger Jahre auch bei der unabhängigen "Presse" illustrierte (!), wurde von Ilse Leitenberger aufgefordert, nicht mehr für die AZ zu zeichnen - sie könne nicht für BEIDE Zeitungen arbeiten. (13)

Die Folgen:

Provinzialismus und Emigration nach 1955

Waren schon vor Abzug der Besatzungstruppen einige österreichische Autoren nach Deutschland "ausgewandert" (Ilse Aichinger, Ingeborg Bachmann, Milo Dor, Herbert Eisenreich), so setzte

sich dieser Trend Ende der fünfziger Jahre verstärkt fort. Maßgeblich für diese Abwanderung aus Wien waren drei Gründe: Erstens das politisch kleinrestaorative Klima, das auch zu Konflikten mit der sogenannten "Großvätergeneration", also den "alten" Autoren führte, zweitens die künstlerisch unaufgeschlossene Haltung von Kulturpolitikern gegenüber literarischem Establishment und Massenmedien, und drittens die damit verbundenen reduzierten Publikationsmöglichkeiten (d. h. auch wirtschaftliche Überlegungen).

Ab Mitte der fünfziger Jahre läßt sich durchaus von einem BRUCH IN DER ÖSTERREICHISCHEN LITERATUR sprechen, besser noch: von einer ZWEGLEISIGKEIT. Wie Klaus Amann bemerkte, gingen auch Länder- und Förderungspreise vor allem an Literaten, die kaum jemals ästhetische Innovationen leisteten oder inhaltlich von der (unpolitischen) österreichischen "Tradition" abwichen (14). Die vielbeschworene Kontinuität des "Österreichischen" in der Literatur war zwar - anhand der bekannten Autoren - leicht zu belegen, sie war aber auch von "oben" erzwungen.

Zu den potentiell Auszeichnungswürdigen zählten Schriftsteller, die sich dieser Einwegtradition nicht fügten. In den fünfziger Jahren lebten noch Hermann Broch, Max Brod, Arthur Koestler, Arnold Hauser, Raoul Hausmann und andere. Zweifellos wurde damals eine bestimmte Form der Literatur forciert. Symbolisiert wurde diese Einäugigkeit beim Internationalen PEN-Kongreß in Wien 1955: "Man konnte damals aus dem Ausland nach Wien reisen, ohne jemals den Namen der neuen Dichtergeneration von AICHINGER, BACHMANN, CELAN bis zu WEISSENBORN, VALENCAK, ZAND zu hören." (15) Während die belobigten und preisgekrönten Dichter aus Wien, zum Teil selbst Herausgeber von Zeitschriften oder Redakteure, zum Teil mit engen Verbindungen zur Kulturadministration und zu den Massenmedien sich, wie Milo Dor einmal schrieb, "gegenseitig beweihräucherten", (16) formierte sich unbemerkt im "Untergrund" der Hauptstadt, in der Provinz und im Ausland jene Literatur, die in den siebziger Jahren als DIE österreichische schlechthin gelten sollte.

Zunächst bildete sich um 1954 eine Clique von Künstlern (Friedrich Aichleitner, Hans Carl Artmann, Konrad Bayer, Gerhard Rühm, Oswald Wiener, Ernst Jandl, Friederike Mayröcker), die später unter dem Namen "Wiener Gruppe" wegweisend für die moderne Literatur werden sollte. Dann wurde 1958 das "Forum Stadtpark" in Graz von Emil Breisach, Alfred Kolleritsch und Günter Waldorf gegründet, und schließlich formierten sich um den Residenz-Verlag in Salzburg eine Reihe junger Autoren.

Die wesentlichsten Impulse für die neue österreichische Gegenwartsliteratur sollte aus diesem Umfeld kommen, während die zentralen Figuren im institutionalisierten Kulturbetrieb Wiens groß-

teils in Vergessenheit gerieten. Daß die neuen Autoren sich überwiegend in den Massenmedien politisch nicht äußern wollten oder konnten, mag einerseits am unverändert provinziellen Zustand der österreichischen Presse liegen, Ursache ist aber andererseits auch, daß sie sich schon zu lange in jenes Literaturrestitut zurückgezogen hatten, in dem sie die "Schreiber" zu sein glauben und die (österreichischen) Journalisten als "Schreiberlinge" gelten. (17) Kulturell setzte sich diese Avantgarde bereits Anfang der siebziger Jahre durch, politisch zeigten sich aber erst ab Mitte der achtziger Jahre Ansätze zu einer Teilnahme an gesellschaftsrelevanten öffentlichen Diskursen, die dann fast ausschließlich in (relativ neuen) Zeitschriften und noch immer nicht in Tageszeitungen geführt werden.

Anmerkungen:

1) Hans Heinz Hahn:

Revolution und/oder Restauration? Kulturpolitik im Österreich der sogenannten Stunde Null. In: Wien 1945: Davor - Danach (Hrsg.: Lisbeth Waechter-Böhm), Wien 1985, S. 95

2) Klaus Amann:

Vorgeschichten. Kontinuität in der österreichischen Literatur von den dreißiger zu den fünfziger Jahren. In: Literatur der Nachkriegszeit und der fünfziger Jahre in Österreich (Hrsg.: F. Aspöckberger/N. Frei/H. Lengauer), Wien 1984, S. 56

3) Viktor Matejka:

Unverbesserlicher Judenknicht. Notizen zu meiner jüdischen Autobiographie. In: Das jüdische Echo XXVII, September 1978, S. 9 ff. - Matejka schreibt dort zu seiner Forderung an die provisorische Regierung 1945, Emigranten und Vertriebene zurückzuholen: "Um es kurz zu sagen: mein Mißerfolg kann als gigantisch bezeichnet werden. Keine der drei damals regierenden Parteien war im denkwürdigen Jahr der Befreiung dazu zu bewegen, einen eindeutigen und klaren Beschluß zu diesem Gesamtösterreichbekenntnis zugunsten der Vertriebenen zu fassen".

4) Friedbert Aspöckberger:

Literarisches Leben im Austrofaschismus. Der Staatspreis, Königstein 1980, S. 114 ff.

5) Gespräch mit Milo Dor am 27.12. 1984 in Wien

6) Claus Gatterer:

Die Presse ist selber schuld. In: FORUM vom Oktober 1959, S. 353

7) ders. ebd. S. 353

8) ders. ebd. S. 355

9) Alexander Lernet-Holenia:

Rede zur "Macht und Ohnmacht des Schriftstellers" am 30. 11. 1955 in Wien. In: FORUM vom Dezember 1955, S. 439 f.

10) ders. ebd. S. 440

11) ders.: "Über die Machtlosigkeit des Literaten". In: FORUM vom Juni 1955, S. 221

12) Gespräch mit Kurt Kahl, dzt. Ressortchef "Freizeit/Fernsehen" beim KURIER, in Wien am 5. 8. 1986

13) ders. ebd.

14) vgl. Amann Klaus, a.a.O. S. 46 f.

15) Hilde Spiel: Die österreichische Literatur nach 1945. Eine Einführung. In: Kindlers Literaturgeschichte der Gegenwart, Band 5, S. 68 (Ffm. 1980)

16) ebd. S. 66

17) Friedrich B. Panzer: Gegenwartsliteratur und Journalismus in Österreich. Zum Verhältnis von literarischer und politischer Öffentlichkeit. (Diss. phil., Salzburg 1985) S. 231

TANGENTEN

Materialien zur Vergangenheit: Leni Riefenstahl

Margit Steiger und Margit Suppan

Seit nunmehr genau vierzig Jahren kämpft sie um ihre Rehabilitierung; 1949 als "Mitläufer" eingestuft und - nach einem neuerlichen Verfahren - 1952 als "nicht belastet", amnestisiert, strengt Leni Riefenstahl verbissen Prozeß um Prozeß an, um ihre Vergangenheit ungeschehen zu machen.

"Mich hat das Gewöhnliche, Mittelmäßige nie interessiert. Ich war stets von der Leidenschaft für das Absolute und die Perfektion besessen." Unumstritten außergewöhnlich, gemessen am üblichen Lebensweg einer Bürgerlichen der Weimarer Republik, verlief auch die Karriere der Leni Riefenstahl:

Am 22. August 1902 in Berlin geboren, versucht Berta Helene Amalie Riefenstahl bereits früh die bürgerliche Enge des Elternhauses zugunsten der Theaterwelt zu verlassen. Erst besucht sie die Kunstakademie, doch schon kurze Zeit später nimmt sie Ballettunterricht bei Mary Wigman, Jutta Klamt und der Eduardowa. Alle Welt feiert zu dieser Zeit den expressionistischen, aller herkömmlichen Tanzregeln baren Stil einer Isadora Duncan - und ganz Berlin jubelt der ehrgeizigen, kaum zwanzigjährigen Riefenstahl zu, wenn sie im durchscheinenden Chiffonkostüm den neuen Ausdruckstanz zelebriert. Internationaler Erfolg scheint sich anzubahnen, als Leni Riefenstahl kurz

hintereinander Solovorstellungen in München, Zürich und Prag gibt, jedoch beendet eine Knieverletzung 1926 abrupt jede weitere Aussicht auf eine Ballettkarriere. Ungebrochen, mit der sie kennzeichnenden Unnachgiebigkeit und Sturheit stürzt sich die Riefenstahl in ein völlig neues Metier: Von den Bergfilmen Dr. Arnold Fancks begeistert, bemüht sie sich erfolgreich um ein Treffen mit dem Filmer, der, beeindruckt von der Zielstrebigkeit der jungen Frau, Leni Riefenstahl noch im gleichen Jahr zur Hauptdarstellerin in seinem Film "Der heilige Berg" macht. Mit unglaublichem Einsatz lernt die auf diesem Gebiet bisher völlig unerfahrene Riefenstahl Skilaufen und Bergklettern und wird mit den folgenden vier Bergfilmen: "Der große Sprung" (1927), "Weiße Hölle am Piz Palü" (1929), "Stürme über dem Montblanc" (1930) und "Der weiße Rausch" (1931) zum Inbegriff der romantisch-mystischen Naturverklärung der präfaschistischen Zeit. Pro-Nazitendenzen in diesen Filmen erkennt auch die amerikanische Filmkritikerin Susan Sontag: "Das Bergklettern in Fancks Bildern war eine visuell unwiderstehliche Metapher für grenzenloses Streben nach dem schönen und zugleich furchterregend hohen, mythischen Ziel, ein Streben, das sich später im Führerkult konkretisieren sollte."

1932 entsteht nach einem Drehbuch von Béla

Balázs und Leni Riefenstahl der Spielfilm "Das blaue Licht", bei dem die Hauptdarstellerin erstmals auch Regie führt; wenig später jedoch war die vorerst geglückte Zusammenarbeit beendet: Die "politisch völlig desinteressierte und naive" Riefenstahl sollte sich nicht scheuen, einem engen Freund, Gauleiter Julius Streicher, "Vollmacht in Sachen der Forderung des J u d e n Béla Balázs an mich" zu erteilen. Mit dem späteren "Fliegergeneral" Ernst Udet als Partner dreht Leni Riefenstahl 1933 ihren letzten Spielfilm unter A. Fancks Regie, "SOS - Eisberg".

Im gleichen Jahr, mit ihrem ersten Dokumentarfilm "Sieg des Glaubens" über den Reichsparteitag in Nürnberg (1933), beginnt der Abschnitt in Leni Riefenstahls Leben, dem sie ihre bis heute andauernde Bewunderung und Verehrung, vor allem aber ihre Umstrittenheit verdankt.

Es gehört zu den Grotesken des Nazi-Regimes, daß in einem so ausschließlichen Männerstaat, in einem Staat der Heldenverehrung und der Ausrichtung allen Denkens auf eindeutig maskulin besetzte Werte, ausgerechnet eine Frau die gewaltigsten und manipulativsten Filme schuf. Auch die Tatsache, daß Leni Riefenstahl einige Zeit große Schwierigkeiten hat, ihre "arische Abstammung" zu beweisen und in Propagandaminister Goebbels, irritiert durch Riefenstahls enge Beziehung zum "Führer", einen erbitterten Feind findet, läßt Hitler unbeeindruckt:

Persönlich gibt er der Filmerin den Auftrag, einen Dokumentarfilm über den Reichsparteitag 1934 in Nürnberg zu schaffen, persönlich wählt er den Titel des Films - "Triumph des Willens" - aus und fügt sich widerspruchslos ihrer Forderung nach "keiner Einsichtnahme oder Beeinflussung seitens der Partei, den unfertigen Film betreffend". 1965 allerdings sieht sich Riefenstahl als politisches Opfer: Sie habe den Auftrag zu "Triumph des Willens" nur äußerst ungern angenommen - dies steht in krassem Widerspruch zu ihren Aussagen in "Hinter den Kulissen des Reichsparteitagfilms 1934" - und habe nicht ahnen können, daß der Film politisch mißbraucht werden würde; überdies stünde keine wie immer geartete politische Intention hinter ihrem Werk.

Leni Riefenstahl hält sich bei den Dreharbeiten an kein Konzept; rein intuitiv entscheidet sie immer erst im letzten Moment über Kameraeinstellung und -position; letztlich liegt genügend Material zur Sichtung vor, aus dem Riefenstahl ein Werk voll mitreißender Rhythmik und unglaublicher Dynamik komponiert, dessen suggestiv-emotionale Botschaft noch heute erschreckend spürbar ist. Entgegen ihrer steten Beteuerung, immer apolitisch gearbeitet zu haben, stellt Leni Riefenstahl sich mit "Triumph des Willens" - gerade durch instinktives Begreifbar- und Sichtbarmachen des Wesentlichen der NS-Ideologie - vollkommen in den Dienst der manipulativen Propagandamaschinerie Hitlers.

Ein vom ästhetisch-filmischen Standpunkt aus ebenso gelungenes Werk stellt der Olympia-Film "Fest der Völker" und "Fest der Schönheit" (1936-1938) dar, ein Film, der laut Riefenstahl trotz seiner Verherrlichung des nationalsozialistischen Gesundheits- und Schönheitsideals "mit dem Dritten Reich rein gar nichts zu tun hat".

Schlagzeilen machte erst jüngst der 1940 von Riefenstahl begonnene Film "Tiefeland" nach Motiven der Oper Eugène d'Alberts: 1985 wurde am Landgericht von Freiburg/BRD eindeutig festgestellt, daß die Regisseurin nachweislich Komparsen aus dem Zigeunerlager Maxglan/Salzburg zwangsverpflichtete, sie persönlich aussuchte und nicht entlohnte.

Betrachtete man die Filme Riefenstahls, fällt eine Gemeinsamkeit besonders auf: Sie besitzen durchwegs alle hohe künstlerische Qualität - und sie sind gekennzeichnet von einer unbedingten Identifikation der Filmerin mit der NS-Ideologie. Leni Riefenstahls Entschuldigung, ihre Kunst sei von den Nazis mißbraucht worden und sei einzig aus einem ihr eigenen "Schönheits-Empfinden" entstanden, das eben zufällig in das Schema des Nationalsozialismus paßte, mag man insofern Glauben schenken, als sie - ihrem Lebenslauf nach - kontinuierlich-unkritisch in das NS-Regime "hineinwuchs". Allerdings erlebten viele Menschen das Anwachsen des Nationalsozialismus und distanzieren sich davon - auch oder ganz besonders, wenn es sich um Künstler handelte! Angesichts dieser Tatsache müßte man Leni Riefenstahl beträchtliche Naivität und keineswegs die von ihr so betonte Intuition "Kommendem" gegenüber unterstellen.

Leni Riefenstahl aber pflegte engen Kontakt mit Hitler und anderen NS-Funktionären, sie requirierte Zigeuner aus Maxglan, ohne auch nur einen Gedanken an deren gewisses Ende in Auschwitz zu verschwenden oder ihnen gar Hilfestellung anzubieten - bedurfte es da noch der "Intuition", um zu erkennen, wobei sie sich schuldig machte?

Nach 1945 hatte Leni Riefenstahl zunächst wenig Erfolg; "Tiefeland" fand kaum Zustimmung bei Presse und Publikum, ein geplantes "Penthesilea"-Projekt konnte sie nie realisieren, ebenso wenig einen Film über den modernen Sklavenhandel, "Schwarze Fracht", den sie infolge eines Unfalls nicht drehen konnte. 1973 und 1976 schließlich veröffentlichte Riefenstahl zwei Fotobände über die sudanesischen Nuba, interessiert hat sie dabei vor allem der Körperkult der Stämme, bei denen nur junge, gesunde und schöne Körper nackt gezeigt werden dürfen. Seit ihrem letzten Fotoband "Korallengärten" (1978) sind es nur mehr die Prozesse der Leni Riefenstahl, die von sich reden machen; ihre Selbstzeugnisse sind geprägt davon, einzig und allein der Kunst, dem Schönen gedient zu haben - M o r a l gehörte nicht dazu.

Das Juliabkommen 1936

Eine Presse-Dokumentation

Peter Malina

Nach dem Scheitern des Anschlags auf das Bundeskanzleramt im Juli 1934 war die nationalsozialistische Österreich-Politik in eine neue Phase getreten: Hitler und die Deutsche Reichsregierung distanzierten sich notgedrungen öffentlich von dem fehlgeschlagenen "Putsch"; Theo Habicht, der Landesleiter der damals schon illegalen NSDAP in Österreich, wurde seiner Funktion enthoben, die Landesleitung der NSDAP für Österreich in München aufgelöst und offiziell eine Trennung zwischen Reichspolitik und NSDAP in Österreich vorgenommen. Kurt Rieth, der deutsche Gesandte in Wien, wurde zurückgezogen und durch Franz von Papen ersetzt, von dem man sich deutscherseits eine Entspannung der österreich-deutschen Beziehungen erwartete. Diese "Normalisierung" der deutsch-österreichischen Beziehungen fand ihren ersten Ausdruck in dem Juliabkommen des Jahres 1936, in dem Deutschland die Souveränität Österreichs anerkannte und dessen innenpolitische Entwicklung als innere Angelegenheit zu respektieren versprach. Österreich hingegen bestätigte - ohne auf seine Verpflichtungen im Rahmen der Römer Protokolle verzichten zu müssen - nur das, was offiziell bislang ohnedies immer wieder betont worden war: seinen Charakter als "deutschen" Staat. Das nicht veröffentlichte Zusatzprotokoll (das sogenannte "Gentlemen's Agreement") freilich war nichts anderes als die Akzeptierung der Einmischung des Deutschen Reiches in die inneren Verhältnisse Österreichs. Österreich stimmte darin einer engen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich und der Akkordierung der österreichischen mit der deutschen Außenpolitik zu, wobei in einer Klausel explizit die permanente Konsultation

Deutschlands durch Österreich vorgesehen war. Darüber hinaus verpflichtete sich Österreich, eine Amnestie für Nationalsozialisten durchzuführen und Vertreter der sogenannten nationalen Opposition zur politischen Verantwortung heranzuziehen.

Im folgenden wird versucht, Inhalt und Zielsetzungen des Abkommens und seine Präsentation durch die österreichische Regierung in der Öffentlichkeit an Hand ausgewählter Pressezitate zu dokumentieren und die innerösterreichische Reaktion beziehungsweise die Stellungnahmen des Auslands an einigen Beispielen darzustellen. Die Auswahl mußte sich nicht zuletzt aus Platzgründen auf einige Wiener Zeitungen ("Wiener Zeitung", "Reichspost", "Neues Wiener Tagblatt") konzentrieren. Um das "andere", in die Illegalität abgedrängte Österreich auch zu Wort kommen zu lassen, wurden auch Publikationen und Flugblätter der in den Untergrund gedrängten politischen Opposition aufgenommen. Auslassungen im Text sind jeweils mit "..." gekennzeichnet; die Interpunktion ist den derzeit geltenden Regeln angeglichen. Die typographische Anordnung der Texte (Absatzgestaltung, Schlagzeilen) wurde teilweise verändert. Die Überschriften sind jeweils den zitierten Artikeln (teils paraphrasiert, teils wörtlich) entnommen.

Eine erweiterte Dokumentation der Wiener Pressemeldungen und eine Spezialbibliographie zum Juliabkommen 1936 befinden sich im Besitz des Verfassers. Sie stehen am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, 1090 Wien, Rotenhausegasse 6, zur Einsicht zur Verfügung. Zu danken gilt für rasche und freundliche Hilfe bei der Beschaffung des Zeitschriften- und Flugblattmaterials den Mitarbeitern des Dokumentationsar-

DOKUMENTATION

Dokument 1

OFFIZIELLES KOMMUNIQUE VOM 11. JULI 1936

"Gestern um 9 Uhr abends wurde gleichzeitig in Wien durch Staatssekretär Zernatto und in Berlin durch Minister Dr. Goebbels im Wege des Rundfunks folgendes zwischen den leitenden Staatsmännern Deutschlands und Österreichs vereinbarte Communiqué verlautbart:

In der Überzeugung, der europäischen Gesamtentwicklung zur Aufrechterhaltung des Friedens eine wertvolle Förderung zuteil werden zu lassen, wie in dem Glauben, damit am besten den vielgestaltigen, wechselseitigen Interessen der beiden deutschen Staaten zu dienen, haben die Regierungen des Bundesstaates Österreich und des Deutschen Reiches beschlossen, ihre Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten. Aus diesem Anlaß wird erklärt:

1) Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die

deutsche Reichsregierung die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich.

2) Jede der beiden Regierungen betrachtet die in dem andern Land bestehende innerpolitische Gestaltung, einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit des anderen Landes, auf die sie weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen wird.

3) Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reiche stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht. Hiedurch werden die Römer Protokolle ex 1934 und deren Zusätze ex 1936 sowie die Stellung Österreichs zu Italien und Ungarn als den Partnern dieser Protokolle nicht berührt.

In der Erwägung, daß die von beiden Staaten gewünschte Entspannung sich nur verwirklichen lassen wird, wenn dazu gewisse Vorbedingungen seitens der Regierungen beider Länder erstellt werden, wird die österreichische Bundesregierung sowie die Reichsregierung in einer Reihe von Einzelmaßnahmen die hiezu notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Wien, am 11. Juli 1936"

Quelle: Neues Wiener Tagblatt, 12. Juli 1936, S. 1.

Der Wortlaut der Vereinbarungen.

Gestern um 9 Uhr abends wurde gleichzeitig in Wien durch Staatssekretär Zernatto und in Berlin durch Minister Dr. Goebbels im Wege des Rundfunks folgendes zwischen den leitenden Staatsmännern Deutschlands und Österreichs vereinbarte Communiqué verlautbart:

In der Überzeugung, der europäischen Gesamtentwicklung zur Aufrechterhaltung des Friedens eine

wertvolle Förderung zuteil werden zu lassen, wie in dem Glauben, damit am besten den vielgestaltigen, wechselseitigen Interessen der beiden deutschen Staaten zu dienen, haben die Regierungen des Bundesstaates Österreich und des Deutschen Reiches beschlossen, ihre Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten. Aus diesem Anlaß wird erklärt:

1. Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die deutsche Reichsregierung die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich.

2. Jede der beiden Regierungen betrachtet die in dem andern Land bestehende innerpolitische Gestaltung, einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit des andern Landes, auf die sie weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen wird.

3. Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reiche stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht. Hiedurch werden die Römer Protokolle ex 1934 und deren Zusätze ex 1936, sowie die Stellung Österreichs zu Italien und Ungarn als den Partnern dieser Protokolle nicht berührt.

In der Erwägung, daß die von beiden Seiten gewünschte Entspannung sich nur verwirklichen lassen wird, wenn dazu gewisse Vorbedingungen seitens der Regierungen beider Länder erstellt werden,

wird die österreichische Bundesregierung sowie die Reichsregierung in einer Reihe von Einzelmaßnahmen die hiezu notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Wien, am 11. Juli 1936.

Dokument 2

DIE REDE DES BUNDESKANZLERS

"... Es sei ferne von mir, in dieser Stunde zu polemisieren. Ich will nur der aufrichtigen Freude und Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß hüben und drüben das Bewußtsein um Schicksalsverbundenheit und gemeinsamen Weg, allen Zwischenfällen der Geschichte zum Trotz, sich stark genug erwiesen hat, um mit berechtigter Aussicht auf Erfolg den Versuch zu unternehmen, Hindernisse und Barrieren wegzuräumen, die eben noch unüberwindbar erschienen.

Dies konnte sein und wird immer sein können, wenn hier wie dort der Wille steht, das Recht und die Eigenart des anderen zu respektieren, wenn hier wie dort, über alle Meinungsverschiedenheiten und Gegensätzlichkeiten hinweg, die wegzuleugnen sinnlos wäre, das Wissen um ein großes Erbe liegt, das wir zu verwalten haben, weiter aber auch das Bekenntnis zum gleichen Kulturkreis, dem wir beide angehören und schließlich das Vertrauen, daß jeder für sich und in seinem Lande ehrlich bemüht ist, dem Volkstum das Beste zu geben, seine Existenz und Zukunft zu sichern und damit seinem Volke zu dienen ...

Wenn das Übereinkommen, das künftighin die Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche regelt, das hält, was wir uns von ihm versprechen, dann wird es nicht nur dem großen Deutschen Reich und unserem Österreich, sondern darüber hinaus der friedlichen Fortentwicklung in Europa dienlich sein. Unsere beiden Staaten aber möge es durch Überbrückung der Gegensätze, durch wirtschaftliche Verbindung und Ergänzung sowie durch Wiederherstellung einer Fülle gemeinsamen kulturellen Gedankengutes, an dem wir hüben und drüben der Grenzen gleichermaßen interessiert sind, einander näherbringen und somit jenen Zustand wieder schaffen, der zwischen Ländern gleicher Sprache und angesichts der Fülle historischer Weggemeinsamkeit als wünschenswert und selbstverständlich erscheinen muß. Dies sei der ehrliche und hoffnungsfrohe Wunsch des Österreichers und zugleich der Gruß an alle Landsleute in der Heimat wie auch an alle Deutschen jenseits der staatlichen Grenzen: Österreich!"

Quelle: Wiener Zeitung, 12. Juli 1936, S. 2.

Dokument 3

EIN OFFIZIELLER KOMMENTAR

"... Im Anschluß an die Rede des Bundeskanzlers wurde folgender Kommentar zur Verlesung gebracht: Das Übereinkommen, daß zwischen Österreich und dem Deutschen Reich geschlossen und

heute veröffentlicht worden ist, beantwortet eindeutig eine Reihe von Fragen, über die bisher nicht allseits völlige Klarheit geherrscht hat. Die Feststellungen des deutschen Reichskanzlers, die im offiziellen Kommuniqué angeführt wurden, lauten wörtlich: 'Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen; Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen.' Diese Erklärungen stellen einen Tatbestand, den gewisse Kreise manchmal anzweifeln zu müssen glauben, von maßgebendster reichsdeutscher Stelle her nochmals eindeutig fest.

Gleichzeitig ist durch das Übereinkommen, das zwischen den beiden Regierungen geschlossen worden ist, endgültig klargestellt, daß sowohl Österreich als auch das Deutsche Reich ihre beiderseitige innerpolitische Gestaltung anerkennen und respektieren, daß insbesondere auch im Hinblick auf den Nationalsozialismus in Österreich Einmischungen oder Einwirkungen in mittelbarer oder unmittelbarer Form unterbleiben. Durch diese Feststellungen ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs und ein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung des europäischen Friedens geleistet worden. Die Außenpolitik Österreichs wird in Zukunft, so wie in großer Linie bereits bisher, unter Bedachtnahme auf die friedlichen Bestrebungen der Außenpolitik des Deutschen Reiches geführt werden. Damit ist jedoch keine Veränderung in der Einstellung Österreichs zu den Römischen Protokollen und ihren Partnern gegeben. Die Verlautbarung über das Übereinkommen stellt so mit seltener Klarheit fest, daß der Friede zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Basis voller Gleichberechtigung und vollkommener Respektierung der gegenseitigen Einrichtungen zustande gekommen ist."

Quelle: Wiener Zeitung, 12. Juli 1936, S. 2.

Dokument 4

VERSTÄNDIGUNGSABKOMMEN MIT DEUTSCHLAND

"Rascher, als erwartet worden, haben die seit Wochen in der Welpresse verbreiteten Mitteilungen über die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Österreich ihre Bestätigung gefunden. Aus den Eröffnungen der gestrigen Rundfunkrede des Bundeskanzlers Dr. v. Schuschnigg geht hervor, daß die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden Staaten auf breiter Grundlage in Angriff genommen wird. Diese bedeutungsvolle Wendung darf in unserem Lande der Zustimmung gewiß sein, auch bei jenen vielen Österreichern, die dem inneren Kurs im Dritten Reich und dem nationalsozialistischen Gedankengut ablehnend gegenüberste-

Sonn- u. Feiertag: 42 Groschen

Verkaufspreise:
 1. 1144
 2. 1144
 3. 1144
 4. 1144
 5. 1144
 6. 1144
 7. 1144
 8. 1144
 9. 1144
 10. 1144
 11. 1144
 12. 1144
 13. 1144
 14. 1144
 15. 1144
 16. 1144
 17. 1144
 18. 1144
 19. 1144
 20. 1144
 21. 1144
 22. 1144
 23. 1144
 24. 1144
 25. 1144
 26. 1144
 27. 1144
 28. 1144
 29. 1144
 30. 1144
 31. 1144
 32. 1144
 33. 1144
 34. 1144
 35. 1144
 36. 1144
 37. 1144
 38. 1144
 39. 1144
 40. 1144
 41. 1144
 42. 1144
 43. 1144
 44. 1144
 45. 1144
 46. 1144
 47. 1144
 48. 1144
 49. 1144
 50. 1144
 51. 1144
 52. 1144
 53. 1144
 54. 1144
 55. 1144
 56. 1144
 57. 1144
 58. 1144
 59. 1144
 60. 1144
 61. 1144
 62. 1144
 63. 1144
 64. 1144
 65. 1144
 66. 1144
 67. 1144
 68. 1144
 69. 1144
 70. 1144
 71. 1144
 72. 1144
 73. 1144
 74. 1144
 75. 1144
 76. 1144
 77. 1144
 78. 1144
 79. 1144
 80. 1144
 81. 1144
 82. 1144
 83. 1144
 84. 1144
 85. 1144
 86. 1144
 87. 1144
 88. 1144
 89. 1144
 90. 1144
 91. 1144
 92. 1144
 93. 1144
 94. 1144
 95. 1144
 96. 1144
 97. 1144
 98. 1144
 99. 1144
 100. 1144

Verkaufspreise:
 1. 1144
 2. 1144
 3. 1144
 4. 1144
 5. 1144
 6. 1144
 7. 1144
 8. 1144
 9. 1144
 10. 1144
 11. 1144
 12. 1144
 13. 1144
 14. 1144
 15. 1144
 16. 1144
 17. 1144
 18. 1144
 19. 1144
 20. 1144
 21. 1144
 22. 1144
 23. 1144
 24. 1144
 25. 1144
 26. 1144
 27. 1144
 28. 1144
 29. 1144
 30. 1144
 31. 1144
 32. 1144
 33. 1144
 34. 1144
 35. 1144
 36. 1144
 37. 1144
 38. 1144
 39. 1144
 40. 1144
 41. 1144
 42. 1144
 43. 1144
 44. 1144
 45. 1144
 46. 1144
 47. 1144
 48. 1144
 49. 1144
 50. 1144
 51. 1144
 52. 1144
 53. 1144
 54. 1144
 55. 1144
 56. 1144
 57. 1144
 58. 1144
 59. 1144
 60. 1144
 61. 1144
 62. 1144
 63. 1144
 64. 1144
 65. 1144
 66. 1144
 67. 1144
 68. 1144
 69. 1144
 70. 1144
 71. 1144
 72. 1144
 73. 1144
 74. 1144
 75. 1144
 76. 1144
 77. 1144
 78. 1144
 79. 1144
 80. 1144
 81. 1144
 82. 1144
 83. 1144
 84. 1144
 85. 1144
 86. 1144
 87. 1144
 88. 1144
 89. 1144
 90. 1144
 91. 1144
 92. 1144
 93. 1144
 94. 1144
 95. 1144
 96. 1144
 97. 1144
 98. 1144
 99. 1144
 100. 1144

Verkaufspreise:
 1. 1144
 2. 1144
 3. 1144
 4. 1144
 5. 1144
 6. 1144
 7. 1144
 8. 1144
 9. 1144
 10. 1144
 11. 1144
 12. 1144
 13. 1144
 14. 1144
 15. 1144
 16. 1144
 17. 1144
 18. 1144
 19. 1144
 20. 1144
 21. 1144
 22. 1144
 23. 1144
 24. 1144
 25. 1144
 26. 1144
 27. 1144
 28. 1144
 29. 1144
 30. 1144
 31. 1144
 32. 1144
 33. 1144
 34. 1144
 35. 1144
 36. 1144
 37. 1144
 38. 1144
 39. 1144
 40. 1144
 41. 1144
 42. 1144
 43. 1144
 44. 1144
 45. 1144
 46. 1144
 47. 1144
 48. 1144
 49. 1144
 50. 1144
 51. 1144
 52. 1144
 53. 1144
 54. 1144
 55. 1144
 56. 1144
 57. 1144
 58. 1144
 59. 1144
 60. 1144
 61. 1144
 62. 1144
 63. 1144
 64. 1144
 65. 1144
 66. 1144
 67. 1144
 68. 1144
 69. 1144
 70. 1144
 71. 1144
 72. 1144
 73. 1144
 74. 1144
 75. 1144
 76. 1144
 77. 1144
 78. 1144
 79. 1144
 80. 1144
 81. 1144
 82. 1144
 83. 1144
 84. 1144
 85. 1144
 86. 1144
 87. 1144
 88. 1144
 89. 1144
 90. 1144
 91. 1144
 92. 1144
 93. 1144
 94. 1144
 95. 1144
 96. 1144
 97. 1144
 98. 1144
 99. 1144
 100. 1144

Verkaufspreise:
 1. 1144
 2. 1144
 3. 1144
 4. 1144
 5. 1144
 6. 1144
 7. 1144
 8. 1144
 9. 1144
 10. 1144
 11. 1144
 12. 1144
 13. 1144
 14. 1144
 15. 1144
 16. 1144
 17. 1144
 18. 1144
 19. 1144
 20. 1144
 21. 1144
 22. 1144
 23. 1144
 24. 1144
 25. 1144
 26. 1144
 27. 1144
 28. 1144
 29. 1144
 30. 1144
 31. 1144
 32. 1144
 33. 1144
 34. 1144
 35. 1144
 36. 1144
 37. 1144
 38. 1144
 39. 1144
 40. 1144
 41. 1144
 42. 1144
 43. 1144
 44. 1144
 45. 1144
 46. 1144
 47. 1144
 48. 1144
 49. 1144
 50. 1144
 51. 1144
 52. 1144
 53. 1144
 54. 1144
 55. 1144
 56. 1144
 57. 1144
 58. 1144
 59. 1144
 60. 1144
 61. 1144
 62. 1144
 63. 1144
 64. 1144
 65. 1144
 66. 1144
 67. 1144
 68. 1144
 69. 1144
 70. 1144
 71. 1144
 72. 1144
 73. 1144
 74. 1144
 75. 1144
 76. 1144
 77. 1144
 78. 1144
 79. 1144
 80. 1144
 81. 1144
 82. 1144
 83. 1144
 84. 1144
 85. 1144
 86. 1144
 87. 1144
 88. 1144
 89. 1144
 90. 1144
 91. 1144
 92. 1144
 93. 1144
 94. 1144
 95. 1144
 96. 1144
 97. 1144
 98. 1144
 99. 1144
 100. 1144

Verkaufspreise:
 1. 1144
 2. 1144
 3. 1144
 4. 1144
 5. 1144
 6. 1144
 7. 1144
 8. 1144
 9. 1144
 10. 1144
 11. 1144
 12. 1144
 13. 1144
 14. 1144
 15. 1144
 16. 1144
 17. 1144
 18. 1144
 19. 1144
 20. 1144
 21. 1144
 22. 1144
 23. 1144
 24. 1144
 25. 1144
 26. 1144
 27. 1144
 28. 1144
 29. 1144
 30. 1144
 31. 1144
 32. 1144
 33. 1144
 34. 1144
 35. 1144
 36. 1144
 37. 1144
 38. 1144
 39. 1144
 40. 1144
 41. 1144
 42. 1144
 43. 1144
 44. 1144
 45. 1144
 46. 1144
 47. 1144
 48. 1144
 49. 1144
 50. 1144
 51. 1144
 52. 1144
 53. 1144
 54. 1144
 55. 1144
 56. 1144
 57. 1144
 58. 1144
 59. 1144
 60. 1144
 61. 1144
 62. 1144
 63. 1144
 64. 1144
 65. 1144
 66. 1144
 67. 1144
 68. 1144
 69. 1144
 70. 1144
 71. 1144
 72. 1144
 73. 1144
 74. 1144
 75. 1144
 76. 1144
 77. 1144
 78. 1144
 79. 1144
 80. 1144
 81. 1144
 82. 1144
 83. 1144
 84. 1144
 85. 1144
 86. 1144
 87. 1144
 88. 1144
 89. 1144
 90. 1144
 91. 1144
 92. 1144
 93. 1144
 94. 1144
 95. 1144
 96. 1144
 97. 1144
 98. 1144
 99. 1144
 100. 1144

Nr. 190 des 70. Jahrganges.

• Sonntag, den 12. Juli 1936.

Laufende Nr. 25287.

Neues Wiener Tagblatt

Demokratisches Organ

Bezugspreise für das Inland

(Wochen- und Monatspreise)
 1. 1144
 2. 1144
 3. 1144
 4. 1144
 5. 1144
 6. 1144
 7. 1144
 8. 1144
 9. 1144
 10. 1144
 11. 1144
 12. 1144
 13. 1144
 14. 1144
 15. 1144
 16. 1144
 17. 1144
 18. 1144
 19. 1144
 20. 1144
 21. 1144
 22. 1144
 23. 1144
 24. 1144
 25. 1144
 26. 1144
 27. 1144
 28. 1144
 29. 1144
 30. 1144
 31. 1144
 32. 1144
 33. 1144
 34. 1144
 35. 1144
 36. 1144
 37. 1144
 38. 1144
 39. 1144
 40. 1144
 41. 1144
 42. 1144
 43. 1144
 44. 1144
 45. 1144
 46. 1144
 47. 1144
 48. 1144
 49. 1144
 50. 1144
 51. 1144
 52. 1144
 53. 1144
 54. 1144
 55. 1144
 56. 1144
 57. 1144
 58. 1144
 59. 1144
 60. 1144
 61. 1144
 62. 1144
 63. 1144
 64. 1144
 65. 1144
 66. 1144
 67. 1144
 68. 1144
 69. 1144
 70. 1144
 71. 1144
 72. 1144
 73. 1144
 74. 1144
 75. 1144
 76. 1144
 77. 1144
 78. 1144
 79. 1144
 80. 1144
 81. 1144
 82. 1144
 83. 1144
 84. 1144
 85. 1144
 86. 1144
 87. 1144
 88. 1144
 89. 1144
 90. 1144
 91. 1144
 92. 1144
 93. 1144
 94. 1144
 95. 1144
 96. 1144
 97. 1144
 98. 1144
 99. 1144
 100. 1144

Bezugspreise für das Ausland

(Wochen- und Monatspreise)
 1. 1144
 2. 1144
 3. 1144
 4. 1144
 5. 1144
 6. 1144
 7. 1144
 8. 1144
 9. 1144
 10. 1144
 11. 1144
 12. 1144
 13. 1144
 14. 1144
 15. 1144
 16. 1144
 17. 1144
 18. 1144
 19. 1144
 20. 1144
 21. 1144
 22. 1144
 23. 1144
 24. 1144
 25. 1144
 26. 1144
 27. 1144
 28. 1144
 29. 1144
 30. 1144
 31. 1144
 32. 1144
 33. 1144
 34. 1144
 35. 1144
 36. 1144
 37. 1144
 38. 1144
 39. 1144
 40. 1144
 41. 1144
 42. 1144
 43. 1144
 44. 1144
 45. 1144
 46. 1144
 47. 1144
 48. 1144
 49. 1144
 50. 1144
 51. 1144
 52. 1144
 53. 1144
 54. 1144
 55. 1144
 56. 1144
 57. 1144
 58. 1144
 59. 1144
 60. 1144
 61. 1144
 62. 1144
 63. 1144
 64. 1144
 65. 1144
 66. 1144
 67. 1144
 68. 1144
 69. 1144
 70. 1144
 71. 1144
 72. 1144
 73. 1144
 74. 1144
 75. 1144
 76. 1144
 77. 1144
 78. 1144
 79. 1144
 80. 1144
 81. 1144
 82. 1144
 83. 1144
 84. 1144
 85. 1144
 86. 1144
 87. 1144
 88. 1144
 89. 1144
 90. 1144
 91. 1144
 92. 1144
 93. 1144
 94. 1144
 95. 1144
 96. 1144
 97. 1144
 98. 1144
 99. 1144
 100. 1144

Verständigungsabkommen mit Deutschland.

hen, und die auch für die Zukunft keinen Anlaß haben, von dieser ihrer Anschauung abzugehen. Es war ein peinlicher und unnatürlicher Zustand, daß Deutsche und Österreicher, die vier Jahre lang gemeinsam auf den Schlachtfeldern Europas heldenhaft gekämpft und Unsagbares gelitten hatten, nicht in alter Herzlichkeit und Unbefangenheit einander gegenüberstehen konnten. Eine Kluft hatte sich aufgetan zwischen zwei Völkern, die durch jahrhundertealte Schicksalsgemeinschaft, durch Gleichheit von Sprache und Kultur, durch einen unendlich fruchtbaren Güteraustausch auf allen Gebieten geistigen Lebens miteinander verbunden sind.

Es ist heute nicht der geeignete Anlaß, auf die Ursachen dieses beklagenswerten Zustandes einzugehen, und es ist auch nicht nötig, denn die Erinnerung an die Geschehnisse dieser letzten dreieinhalb Jahre kann nicht ausgelöscht werden, sie lebt unzerstörbar in den Herzen des Österreichers fort. Auch die gestrige Rede des Bundeskanzlers, wie sehr sie erfüllt war vom Geiste des Friedens und der Verständigung, wollte nichts verschleiern, er sprach von Gegensätzen und Meinungsverschiedenheiten, die nicht weggeleugnet werden sollen. Gleichwohl darf ausgesprochen werden, daß es auch in unserm Lande als willkommene Erleichterung empfunden werden wird, wenn die unnatürliche Entfremdung ein Ende findet. Allerdings betrachtet es der staatsbewußte Österreicher hierbei als unerläßliche Voraussetzung, daß Österreich nicht gezwungen wird, auch nur um Haaresbreite von der Dollfuss-Linie: volle Unabhängigkeit und gegenseitige Nichteinmischung, abzurücken. Diese sehr notwendige Beruhigung darf man aus den Erklärungen des Bundeskanzlers schöpfen, aus denen hervorgeht, daß Österreich nach wie vor in seiner absoluten staatlichen Selbständigkeit sowie in seinem kulturellen Eigenleben nicht beeinträchtigt werden soll."

Quelle: Neues Wiener Tagblatt, 12. Juli 1936, S. 1.

Dokument 5

EIN BEDEUTUNGSVOLLER TAG

"Eine gestern spät nachts gleichzeitig in Wien und Berlin ausgegebene amtliche Verlautbarung kündigt die Normalisierung der Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland an und beendet demnach eine Phase ereignisreicher politischer Entwicklung in Mitteleuropa. Der Führer und Reichskanzler anerkennt bedingungslos die staatliche Selbständigkeit Österreichs und bekennt sich auch zum Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse unseres Staates. Es war ein Leitsatz der österreichischen Politik, ein völlig selbständiger, unabhängiger deutscher Staat in Europa zu bleiben. Schon in seiner großen Programmrede am 11. September 1933 hatte Bundeskanzler Dr. Dollfuss erklärt: 'Wir sind so deutsch, daß es uns überflüssig vorkommt, dies eigens zu betonen. Daß wir diesem deutschen Volke ehrlich und treu dienen wollen, das erklären wir hier. Wir wollen die guten Charaktereigenschaften des deutschen Volkes pflegen und hüten, wir wollen die den Deutschen eigene Mannigfaltigkeit zur Einheit führen und wollen die Tugend der Ehrlichkeit und der deutschen Treue in unserer Heimat pflegen.'

Ähnliche Gedanken hat auch Bundeskanzler Dr. Schuschnigg stets ausgesprochen. Noch beim großen Appell der Vaterländischen Front vor dem Wiener Rathaus betonte der österreichische Regierungschef feierlich, 'daß es uns daran liegt, auch mit dem großen Deutschen Reiche in friedlichen normalen Beziehungen zu leben. Wir bekennen uns als Österreicher zum deutschen Kulturkreis, wir haben keinen Anlaß, eine Mauer aufzurichten. Was wir verlangen müssen, weiß die Welt: Die Respektierung unserer Freiheit und darüber hinaus - was man in der Welt heute einsehen und verstehen muß - die Respektierung unseres zutiefst in der Seele wurzelnden Glau-

Ein bedeutungsvoller Tag

Eine gestern spät nachts gleichzeitig in Wien und Berlin ausgegebene amtliche Verlautbarung kündigt die Normalisierung der Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland an und beendet demnach eine Phase ereignisreicher politischer Entwicklung in Mitteleuropa. Der Führer und Reichkanzler anerkennt bedingungslos die staatliche Selbständigkeit Österreichs und bekennt sich auch zum Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse unseres Staates. Es war ein Leitsatz der österreichischen Politik, ein völlig selbständiger, unabhängiger deutscher Staat in Europa zu bleiben. Schon in seiner großen Programmrede am 11. September 1933 hatte Bundeskanzler Dr. Dollfuß erklärt: „Wir sind so deutsch, so selbstverständlich deutsch, daß es uns überflüssig vorkommt, dies eigens zu betonen. Daß wir diesem deutschen Volke ehrlich und treu dienen wollen, das erklären wir hier. Wir wollen die guten Charaktereigenschaften des deutschen Volkes pflegen und hüten, wir wollen die den Deutschen eigene Mannigfaltigkeit zur Einheit führen und wollen die Tugenden der Ehrlichkeit und der deutschen Treue in unserer Heimat pflegen.“ Ähnliche Gedanken hat auch Bundeskanzler Dr. Schuschnigg stets ausgesprochen. Nach

Deutschen Reiches zu führen, womit die traditionellen Grundsätze der österreichischen Diplomatie noch geträufelt werden. Daraus ergibt sich auch die Möglichkeit eines Meinungsaustausches in aktuellen, beide Staaten interessierenden außenpolitischen Fragen.

In seinen gestrigen programmatischen Erklärungen hat der Chef unserer Regierung nachgewiesen, daß die österreichische Politik auch bei ihren langwierigen Bemühungen, normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herzustellen, den Grundsätzen des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß treu geblieben ist. Das gilt nicht nur für die Politik nach außen, sondern auch für die Aufbauarbeit im Innern. Nach wie vor bleibt die berufsständische Verfassung des Bundestages Österreich vom 1. Mai 1934 das Grundgesetz unseres Staatswesens. Die von Dr. Dollfuß geschaffene Konstitution schließt das Wiederaufleben politischer Parteien, die Verheerung durch klassenkämpferische Parolen grundsätzlich aus. Es wird also auch in Zukunft keine nationalsozialistische Partei in Österreich geben. An der berufsständischen Idee wird weiter gearbeitet, die Fundamente des

bens an unser Vaterland.' Dieser Grundsatz ist in den gestrigen Regierungserklärungen voll und ganz anerkannt, und so ist der Tag der Normalisierung der deutsch-österreichischen Beziehungen auch ein Markstein in der Geschichte des Kampfes unseres Volkes um seine Unabhängigkeit und Freiheit ..."

Quelle: Wiener Zeitung, 12. Juli 1936, S. 1.

Dokument 6

DAS NEUE KAPITEL ÖSTERREICHISCHER GESCHICHTE

"Bundeskommissär für Heimatdienst, Oberst a. D. Walter Adam, hielt Sonntag abends im Rundfunk eine Ansprache, in der er ausführte: Die gestrigen Verlautbarungen und die Erklärung, die der Herr Bundeskanzler hinzufügte, ziehen den Schlußstrich unter ein sehr schmerzliches Kapitel der österreichischen und der gesamtdeutschen Geschichte.

Es ist nicht notwendig und wäre nicht angemessen, den Anlaß zu benutzen, um rückschauend noch einmal in diesem Kapitel zu blättern. Nicht mit rückwärts gewendetem Blick, sondern mit dem Blick in die Zukunft ist in dieser Zeit internationaler Spannung und wirtschaftlicher Schwierigkeiten das Schicksal der Staaten, der Völker und der europäischen Völkergemeinschaft zu gestalten ... Wie in der Außenpolitik, so bedeutet auch innerhalb der Grenzen Österreichs das Er-

eignis des gestrigen Tages keinen Kurswechsel. Das Abkommen verändert keinen Strich an der Maiverfassung des Jahres 1934, an dem Staate des Kanzlers Dollfuß. Wer an der staatlichen Erneuerung Österreichs mitarbeiten und im öffentlichen Dienste Verantwortung tragen will, muß sich zum christlichen, deutschen, ständisch gegliederten, autoritär geführten Staate bekennen und dann eine legale politische Bestätigung nicht im Rahmen irgendwelcher Partei, sondern nur in der Vaterländischen Front entfalten. Dabei bleibt es. Die gesamte österreichische Politik bleibt in allen ihren Handlungen darauf gerichtet, den Staat der Maiverfassung 1934 zu erhalten und auszubauen..."

Quelle: Wiener Zeitung, 13. Juli 1936, S. 1.

Dokument 7

KEINE GRUPPENBILDUNG UND SONDERPOLITIK IN ÖSTERREICH

"Der Generalsekretär der Vaterländischen Front, Staatssekretär Guido Zernatto, hielt gestern um 9 Uhr 25 Min. abends im Rundfunk eine Ansprache, worin er ausführte: ... Aus dem Übereinkommen vom 11. d. geht nun aber auch ganz klar und eindeutig hervor, daß es in unserm neuen Österreich und auf dem Boden der Vaterländischen Front keine Gruppenbildung und keine Sonderpolitik, keine Illloyalität und keine offene oder versteckte Absicht geben kann, gegen die Grundlagen des

Übereinkommens zwischen Österreich und Deutschland, gegen die Grundsätze der Vaterländischen Front zu verstoßen. Es darf auch hier bei uns in Österreich niemand geben, der glaubt, daß das Übereinkommen von dem einen oder andern der vertragschließenden Teile unehrlich gemeint sei. Wer damit rechnet, daß er bei seiner illegalen Arbeit in mittelbarer Form über die Grenzen her unterstützt werden könnte, der verkennt in beleidigender Weise den guten Willen, der beide Vertragspartner geleitet hat, und der hat damit zu rechnen, daß ihm schärfstens entgegengetreten wird. Die Situation in Europa ist nicht so einfach und nicht so ungefährlich, als daß es irgend jemand zulassen könnte, daß Phantasten oder Intriganten, Ehrgeizige oder Leute mit dunklen Plänen das große Friedenswerk stören, dieses Friedenswerk, das, wie aus dem Telegrammwechsel zwischen Dr. Schuschnigg und dem deutschen Reichskanzler hervorgeht, aufgebaut ist, um den beiden Staaten Österreich und Deutschland, im weiteren Sinne dem ganzen deutschen Volk und darüber hinaus auch Europa zu dienen ... "

Quelle: Neues Wiener Tagblatt, 15. Juli 1936, S. 3.

Dokument 8

DIE AUFNAHME IN BERLIN

"Selten ist ein Abkommen in den letzten Jahren in Deutschland mit so viel Genugtuung aufgenommen worden, wie das heute abgeschlossene zwischen Deutschland und Österreich. Auf den ersten Blick kann man feststellen, welche Entspannung sich hier angebahnt hat. Was man aber als besonders befriedigend bezeichnen muß, ist die Achtung, die Österreich sich als souveräner Staat zu bewahren verstand, die ihm zuletzt auch nicht das Dritte Reich hat versagen können und die es nun auch uneingeschränkt zollt. Dies kommt auch in den Leitartikeln zum Ausdruck, die in den ersten Nachtstunden in Druck gehen und aus denen wir kurze Auszüge zu bringen in der Lage sind. Das Gefühl der Spannung der drei Jahre, das über den deutschösterreichischen Beziehungen unheilvoll geschwebt hat, ist im Begriff zu verschwinden. Die deutsche Presse drückt ganz offen und ehrlich aus, daß sich Österreich nichts vergeben hat und als vollkommen souveräner Staat ein Abkommen geschlossen habe ... "

Quelle: Neues Wiener Tagblatt, 12. Juli 1936, S. 4.

Dokument 9

IN ROM

"... Das österreichisch-deutsche Friedensabkommen wird, nach Ansicht gut unterrichteter Kreise,

die Lösung der dringendsten europäischen Probleme wesentlich erleichtern. Italien konstatiert diese Entwicklung mit großer Befriedigung, da - so wird hier erklärt - Mussolini wesentlich zu dem Zustandekommen der Vereinbarungen beigetragen habe. Der Pakt stelle, so heißt es weiter, das Verbindungsglied in der deutsch-italienischen Annäherung dar, das bisher gefehlt habe und werde von großem Einfluß auf die Regelung des Locarno- und des Danziger Problems sein.

Der Anschein, als ob Hitler in dem Abkommen vor Österreich kapituliert habe, wird hier für unbegründet gehalten. Wenn man die Lage genauer betrachte, werde man erkennen, daß Deutschland sich einen Ausgleich auf anderen wichtigen Gebieten gesichert habe. Als Ergebnis des Freundschaftsvertrages mit Österreich werde Deutschland, so betont man hier, gewisse Vorteile auf dem Balkan und im Südosten Europas eingeräumt erhalten, während in Westeuropa Deutschland der italienischen Unterstützung sicher ist, wenigstens solange Deutschland sein Versprechen hält, die österreichische Unabhängigkeit zu respektieren. Hitlers Geste, so glaubt man hier, werde Mussolini veranlassen, Deutschlands Teilnahme an der Locarnokonferenz in Brüssel durchsetzen, wo versucht werden soll, einen allgemeinen Friedensplan zu verwirklichen, wobei Italien sich jedem neuen Locarno ohne Deutschland widersetzen werde."

Quelle: Neues Wiener Tagblatt, 12. Juli 1936 S. 4.

Dokument 10

IN PARIS

"... Der Inhalt des deutsch-österreichischen Abkommens findet eine relativ befriedigende Aufnahme. Nach den in den letzten Tagen veröffentlichten Privatmeldungen der Blätter wirkte der amtliche Text als eine große und angenehme Überraschung. Die klare und eindeutige Sprache des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg übte hier eine starke Wirkung. Ein führender französischer Parlamentarier, den ihr Korrespondent heute abend noch sprechen konnte, erklärte, daß die Ausführungen des österreichischen Bundeskanzlers die seit einiger Zeit aufgetauchten Bedenken zerstreut habe. 'Österreich hat den bedeutungsvollen Schritt in voller Wahrung seiner Unabhängigkeit und kulturellen Eigenart getan', erklärte er. 'Wenn das Deutsche Reich die Bestimmungen einhält, die Hitler unterzeichnet hat, so kann sich daraus für Österreich nur eine Stärkung seiner Position ergeben. Das Ziel der österreichischen Regierung, an dem friedlichen Aufbau Europas mitzuarbeiten und seine Tätigkeit im Völkerbund in nutzbringender Weise fortzusetzen, wird unzweifelhaft die Zustimmung der französischen

Regierung finden.' Der am nächsten Mittwoch stattfindende französische Kabinettsrat wird den Bericht des Außenministers Delbos über das deutsch-österreichische Abkommen entgegennehmen..."

Quelle: Neues Wiener Tagblatt, 12. Juli 1936, S. 4.

Dokument 11

IN LONDON

"... Das neue österreichisch-deutsche Freundschaftsabkommen läßt nach Ansicht hiesiger politischer Kreise den Schatten einer europäischen Frontenbildung auftauchen, der in gewissem Sinne den Vorkriegstraum eines 'Mitteleuropa' mit einer Ausdehnung nach Osten anzudeuten scheint. Die Möglichkeit eines Zusammenschlusses zwischen Deutschland, Italien, Österreich, Ungarn, Bulgarien und Finnland sowie Polen (während Jugoslawien zögert) ist gewiß dazu ange-
tan, in England Unruhe zu erzeugen. Man meint hier, daß ein Abschluß des deutsch-österreichischen Friedensvertrages vielleicht zunächst bedeuten würde, daß er Deutschland die Beantwortung des englischen Fragebogens erleichtert und ihm ermöglicht, zu erklären, daß es von sich aus in der Lage sei, seine Beziehungen zu den Nachbarn zu regeln. Wichtiger werden jedoch die Auswirkungen sein, die das neue Abkommen auf die deutsch-italienische, allem Anschein nach ziemlich weitgehende Annäherung, haben wird, von der manche Beobachter glauben, daß sie schließlich zur Aufteilung Europas in zwei bewaffnete, sich entgegenstehende Lager führen könnte. Italien und Deutschland würden die eine Gruppe, Rußland und Frankreich die andere führen, und England wird sich vermutlich neutral verhalten..."

Quelle: Neues Wiener Tagblatt, 12. Juli 1936, S. 4.

Dokument 12

DIE AUFFASSUNG DER KLEINEN ENTENTE

"... Die Kleine Entente nimmt, wie aus unterrichteter Quelle verlautet, das Zustandekommen der österreichisch-deutschen Vereinbarung mit Zufriedenheit auf. Die Außenminister der Kleinen-Entente-Staaten waren über dem Verlauf der Verhandlungen zwischen Dr. Schuschnigg und Papen unterrichtet. Sie betrachten die neu-geschaffene Lage als wesentliche Entspannung. Die Anschlußfrage dürfte nach Ansicht der Kleinen Entente vorläufig unaktuell geworden sein. Die außenpolitische Situation der Staaten und der Kleinen Entente erscheint durch das österreichisch-deutsche Abkommen nicht verschlechtert, man erwartet vielmehr eine gesamteuropäische

Entspannung. Vom wirtschaftlichen Standpunkt verspricht sich die Kleine Entente von dem Abkommen sehr viel, da die geplante Zusammenarbeit der Donaustaaten bisher praktisch immer an der italienisch-deutschen Rivalität gescheitert ist. Da dieses Hindernis beseitigt sei, erscheine der Weg zu einer mitteleuropäischen Zusammenarbeit frei..."

Quelle: Neues Wiener Tagblatt, 14. Juli, S. 2

Dokument 13

FREUDENKUNDGEBUNGEN AUS GANZ
ÖSTERREICH

Freudenkundgebungen aus ganz Österreich.

Anläßlich des Abkommens mit dem Deutschen Reich sind Bundeskanzler Dr. Schuschnigg aus allen Kreisen der Bevölkerung Österreichs zahlreiche Glückwunsch-, Dank- und Ergebnheitskundgebungen zugegangen, in denen die aufrichtige Genugtuung und Anerkennung über die große staatsmännische Tat des Bundeskanzlers zum Ausdruck kommt. Derartige Kundgebungen sind besonders von allen Landeshauptleuten und Landesregierungen erfolgt, von zahlreichen Gemeindegästen und Bürgermeistern, von den vaterländischen Verbänden, von den Gesamt- und Unterorganisationen aller Stände, aus den Wirtschafts- und Erwerbskreisen, die sich von einer Entpolitisierung der österreichisch-deutschen Beziehungen eine Belebung des wirtschaftlichen Aufbaues mit dem Deutschen Reich erhoffen, von den hervorragendsten Männern des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft, der Kunst und Wissenschaft usw.

Besonders zahlreich sind die Stimmen aus dem Volk, die Freude über die Stärkung der österreichischen Unabhängigkeit durch die Überwindung der früheren Spannungen äußern. Viele Auslandsösterreicher und in Österreich anhängige Reichsdeutsche beglückwünschten gleichfalls den Kanzler; auch aus dem Deutschen Reich langten Zustimmungskundgebungen ein.

"Anläßlich des Abkommens mit dem Deutschen Reich sind Bundeskanzler Dr. Schuschnigg aus allen Kreisen der Bevölkerung Österreichs zahlreiche Glückwunsch-, Dank- und Ergebnheitskundgebungen zugegangen, in denen die aufrichtige Genugtuung und Anerkennung über die große staatsmännische Tat des Bundeskanzlers zum Ausdruck kommt. Derartige Kundgebungen sind besonders von allen Landeshauptleuten und Landesregierungen erfolgt, von zahlreichen Gemeindegästen und Bürgermeistern, von den vaterländischen Verbänden, von den Gesamt- und Unterorganisationen aller Stände, aus den Wirtschafts- und Erwerbskreisen, die sich von einer Entpolitisierung der österreichischen Beziehungen eine Belebung des wirtschaftlichen Aufbaues mit dem Deutschen Reich erhoffen, von den hervorragendsten Männern des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft, der Kunst und Wissenschaft usw. Besonders zahlreich sind die Stimmen aus dem Volk, die Freude über die Stärkung der österreichischen Unabhängigkeit durch die Überwindung der früheren Spannungen äußern..."

Quelle: Reichspost, 18. Juli 1936, S. 3.

"... Gestern fanden in allen Wiener Bezirken - insgesamt 35 - Appelle statt, in welchen die Mitglieder der Vaterländischen Front über die Bedeutung des Abkommens mit dem Deutschen Reich aufgeklärt wurden. Um von vornherein das Ergebnis dieser Aufklärungsversammlungen festzustellen: Die Bevölkerung geht mit, ist restlos damit einverstanden, daß unter den bekannten gegebenen Bedingungen normale Verhältnisse mit Deutschland hergestellt werden, die Versammlungen hatten aber auch besonders stürmischen Beifall, wenn die Redner ausführten, daß Österreich auf der Dollfuß-Straße verbleibt, daß sich das Programm der Vaterländischen Front nicht ändert, daß es auch in Zukunft keine politischen Parteien in Österreich, also auch keine nationalsozialistische Partei, geben wird."

Quelle: Wiener Zeitung, 17. Juli 1936, S. 2.

"Wie die 'Reichspost' erfährt, hat der Erzbischof von Wien, Kardinal Dr. Theodor Innitzer, an den Bundeskanzler im Namen der österreichischen Bischöfe, die folgenden Kundgebungen gerichtet: 'Am Ende vergangener Woche trugen die Ätherwellen des Rundfunks frohe, erlösende Kunde durch die deutschen Lande. Der unselige Bruderkrieg, der so tiefe Wunden schlug, der das deutsche Volk gerade in drangvollen Zeiten innerlich spaltete und zerriß, war in einer europäischen Schicksalsstunde, da der Friede in der Völkerfamilie des Abendlandes wieder einmal ernstlich gefährdet scheint, in überraschender Weise beigelegt.

Am Herzschlag des deutschen Volkes in Österreich ist über diese Friedenstat aufrichtige und ehrliche Freude zu spüren. Auch wir Bischöfe Österreichs, die wir als die berufenen Hüter und

Heute illustrierte Beilage: „Österreichische Woche.“

Preis 20 Groschen

Monatsbezugsspreis:

Für Wien und die Reichsteile Bundesländer (Postparaffienlos) 20.50
8.50

Absetzung, Verwaltung, Expedition und Druckerei:
Wien, 1. Bezirk, Stranitzkygasse Nr. 8

Vertriebspreis A 22-4-45 Serie

Reichspost

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk

Monatsbezugsspreis:

Für Wien und die Reichsteile Bundesländer (Postparaffienlos) 20.50
8.50

Absetzung, Verwaltung, Expedition und Druckerei:

Wien, 1. Bezirk, Stranitzkygasse Nr. 8

Vertriebspreis A 22-4-45 Serie

Monatsbezugsspreis:

Für Wien und die Reichsteile Bundesländer (Postparaffienlos) 20.50
8.50

Absetzung, Verwaltung, Expedition und Druckerei:

Wien, 1. Bezirk, Stranitzkygasse Nr. 8

Vertriebspreis A 22-4-45 Serie

Nr. 195

Wien, Donnerstag, den 16. Juli 1936

43. Jahrgang

Die im rechtsstehenden Text enthaltenen amtlichen Mitteilungen sind durch ein vorgedrucktes + gekennzeichnet.

Österreichs Bischöfe zum Friedensschluß vom 11. Juli

Wie die „Reichspost“ erfährt, hat der Erzbischof von Wien Kardinal Dr. Theodor Innitzer an den Bundeskanzler im Namen der österreichischen Bischöfe die folgende Kundgebung gerichtet:

„Am Ende vergangener Woche trugen die Ätherwellen des Rundfunks frohe, erlösende Kunde durch die deutschen Lande.

Der unselige Bruderkrieg, der so tiefe Wunden schlug, der das deutsche Volk gerade in drangvollen Zeiten innerlich spaltete und zerriß, war in einer europäischen Schicksalsstunde, da der Friede in der Völkerfamilie des Abendlandes wieder einmal ernstlich gefährdet scheint, in überraschender Weise beigelegt.

Am Herzschlag des deutschen Volkes in Österreich ist über diese Friedenstat aufrichtige und ehrliche Freude zu spüren.

Auch wir Bischöfe Österreichs, die wir als die berufenen Hüter und Wächter des Friedens immer wieder zur Verständigung mahnten und mit unseren Gläubigen in heiligen Gebeten um den Frieden im deutschen Volk zum Himmel schrien, begrüßen mit aufrichtiger Freude und ehrlicher Genugtuung dieses Werk des Friedens, das nicht nur für die beiden Vertragspartner bedeutungsvoll, sondern darüber hinaus auch die Gefahr eines verhängnisvollen Krieges zu bannen, geordnete Verhältnisse im Völkerverkehr und wirtschaftliche Fortschritte zu ermöglichen geeignet erscheint.

In der klaren Erkenntnis der Bedeutung dieses Werkes für die Befriedung der europäischen Völker ist es uns österreichischen Bischöfen darum ein Herzensbedürfnis, der österreichischen Bundesregierung, durch unsern verehrten Herrn Bundeskanzler, dessen hoher staatsmännischer Begabung und vornehmer Geisteshaltung das Gelingen des Werkes in besonderer Weise zuschreiben ist, aufrichtigen und herzlichsten Dank zu sagen.

Wir verbinden mit dieser dankbaren Anerkennung die Versicherung, auch in Zukunft alles zu tun, was zur Befriedung dieses Friedenswerkes in Österreich beitragen und den Geist des Friedens in unserem Volk immer noch mehr lebendig zu machen vermag.

Wäre dieses Friedensabkommen — dies ist unser schärfstes Wünschen und innigstes Beten — nach all den bitteren Jahren auch den letzten Stachel des Unfriedens und der Wüsten aus der deutschen Volkssee nehmen zu Ruh und Frieden in unserm Vaterland Österreich, des ganzen deutschen Volkes und der mit ihm auf Gebet und Verbundenen Völkerfamilie Europas.“

Wahrer des Friedens immer wieder zur Verständigung mahnten und mit unseren Gläubigen in heißen Gebeten um den Frieden im deutschen Volke zum Himmel flehten, begrüßen mit aufrichtiger Freude und ehrlicher Genugtuung dieses Werk des Friedens, das nicht nur für die beiden Vertragspartner bedeutungsvoll, sondern darüber hinaus auch die Gefahr eines verhängnisvollen Krieges zu bannen, geordnete Verhältnisse im Völkerverkehr und wirtschaftliche Fortschritte zu ermöglichen geeignet erscheint. Möge dieses Friedenswerk - dies ist unser sehnlichstes Wünschen und innigstes Beten - nach all den Bitterkeiten der letzten Jahre auch den letzten Stachel des Unfriedens und der Mißgunst aus der deutschen Volksseele nehmen zu Nutz und Frommen unseres Vaterlandes Österreich, des ganzen deutschen Volkes und der mit ihm auf Gedeih und Verderb verbundenen Völkerfamilie Europas."

Quelle: Reichspost, 16. Juli, S. 1.

Dokument 16

EIN HIRTENBRIEF DES SUPERINTENDENTEN HEINZELMANN

"... Superintendent Johannes Heinzelmann hat einen Hirtenbrief erlassen, der heute in sämtlichen Kirchen der Wiener evangelischen Superintendenz A.V. von den Kanzeln verlesen wird und den Gemeinden der oberösterreichischen und der burgenländischen Superintendenz zur Verlesung empfohlen ist. Darin gibt der Superintendent seiner bewegten Freude darüber Ausdruck, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich wiederhergestellt worden sind.

Die Gemeinden der evangelischen Kirchen in Österreich verbinden mit dem Dank an Gott auch den Dank, den sie jenen Männern schulden, die

sich zu edler Tat zusammenfanden, dem Bundeskanzler Österreichs und dem Führer und Kanzler des Deutschen Reiches. 'Wir fühlen aufs neue', heißt es weiter, 'und um so inniger mit dem Mutterlande Österreich und dem gemeinsamen deutschen Vaterlande, von dem wir wissen, daß es überall dort zu finden ist, wo deutsche Herzen schlagen, deutsche Lieder klingen und deutsche Geschichte erlebt wird. Wir aber, wir Gemeinden der evangelischen Kirche in Österreich, die es nicht vergessen werden und nicht zu vergessen brauchen, daß drüben im größeren Deutschland die Wiege der Reformation gestanden, bekennen uns freudig auch als Kinder der engeren und engsten Heimat, die uns so teuer bleiben wird, wie der Glaube unserer Väter'..."

Quelle: Wiener Zeitung, 19. Juli, S. 2.

Dokument 17

FRIEDENSSCHLUSS HITLER - SCHUSCHNIGG:
EUROPA WIRD IN ZWEI FEINDLICHE LAGER
GETEILT

"... Schuschnigg hat Frieden geschlossen mit Hitler, dessen Gefolgschaft vor zwei Jahren die Nationalsozialisten, denen die Regierung mit Offiziersehrenwort freies Geleit nach Deutschland zugesichert hat. Was bedeutet dieser Friedensschluß?...

Der Sinn dieser Vereinbarung ist klar: Ein deutsch-italienisches Kriegsbündnis ist im Werden. Deutschland bringt in dieses Bündnis seinen polnischen Bundesgenossen, Italien bringt in dieses Bündnis seine Vasallen - Österreich, Ungarn, Albanien und wahrscheinlich auch Bulgarien - ein. Es wird so ein gewaltiger Block faschistischer Staaten gegründet. Dieser faschistische Block wendet sich gegen Frankreich und England im Westen, gegen die Sowjetunion im Osten und

14 tägige Ausgabe.

Arbeiter-Zeitung

Organ der österreichischen Sozialisten.

70 Heller.

20 Groschen.

Nr. 12.

22. Juli 1936.

3. Jahrgang.

Friedenschluß Hitler-Schuschnigg.

gegen die Kleine Entente in Mitteleuropa.

Europa wird in zwei feindliche Lager geteilt: hüben die faschistischen Mächte, drüben die westeuropäische Demokratie und der osteuropäische Sozialismus. Der Friedensschluß zwischen Hitler und Schuschnigg bedeutet nichts anderes als die Eingliederung Österreichs in den großen faschistischen Block, in das große Kriegsbündnis gegen die westeuropäische Demokratie und gegen das rote Rußland. Er bedeutet damit zugleich die Zerstörung der Hoffnung auf eine friedliche Neuordnung des Donaumaues, die feindliche Entgegensetzung Österreichs und Ungarns gegen die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien..."

Quelle: Arbeiter Zeitung, 19. Juli 1936, S. 1.
(DÖW 4008 b)

Dokument 18

ÖSTERREICH DEM BLUTIGEN NATIONALSOZIALISMUS AUSGELIEFERT

"Der Scheinkampf der österreichischen Regierung war nur eine Verschleierung der Vorbereitung des Bündnisses beider Faschismen. Nun haben sie sich beide gegen das eigene Volk und gegen alle anderen friedliebenden Völker geeinigt. Die gleichzeitige Verkündung der Einigung und des neuen Gesetzes zum Schutze des Staates beweist mit denkbarer Klarheit, gegen wen das Bündnis gerichtet ist. Jede freie Regung des Volkes soll noch schärfer unterdrückt, der Haß der breiten Masse gegen den Faschismus soll mit noch ungeheueren Terror-Mitteln verfolgt werden.

Die faschistischen Regierungen befürchten das unaufhaltsame Vordringen der antifaschistischen Volksfront des Friedens. Daher errichteten sie einen faschistischen Kriegsblock ... Sie wollen dem Volke alle Bluttaten des braunen Faschismus

vergessen machen. Als liebenswerter Bruder wird er jetzt dargestellt. Der Mord an Dollfuß wird nicht mehr erwähnt. Vergessen sind auch die Christenverfolgungen. Vor noch nicht langer Zeit schrie die österreichische Regierung nach einer Vereinigung aller christlichen Völker gegen die deutschen Christenverfolgungen. Doch das Tuch der Vergessenheit soll dies alles verdecken. Aber das österreichische Volk hat nicht vergessen..."

Quelle: Flugzettel der KPÖ - Kreis III,
Juli 1936, S. 1. (DÖW 4029/413)

Dokument 19

ÖSTERREICHS WEG ZUM REICH!

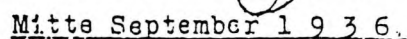
"Das Übereinkommen zwischen Österreich und Deutschland vom 11. Juli 1936 traf die politischen Köpfe der Welt wie ein schottischer Wasserguß ... Mit fanatischem, orientalischem Hasse wurde uns täglich das nationalsozialistische Deutschland als ewiger Feind Österreichs erklärt, wurde mit theatralischer Pose ehrliche, österreichische Tradition in eine Königgrätz-Pschose umgelogen, und Starhemberg wies mit Stolz auf die ihm auch gegen Deutschland zur Verfügung stehenden Maschinengewehre hin ... Mit dem 11. Juli 1936 verpflichtete sich Österreich feierlich, 'deutsche Politik' zu machen und konnte daher Deutschland auf eine Einmischung unter dieser Voraussetzung verzichten, die früher niemals Anderes sein wollte als rasante Reaktion auf undeutsche Politik Österreichs in früheren Zeiten. Je mehr der Bolschewismus an die Tore Europas klopft, desto inniger wird sich das Verhältnis Deutschland, Österreich, Italien gestalten müssen ... Österreich wird den begonnenen Weg fortschreiten müssen, immer enger mit Deutschland verbunden, wie es eben volklich, kulturell und wirtschaftlich eine Selbstverständlichkeit ist. Aus dem Zusammenbruch der Monarchie 1918 hat Österreich ein Ak-

ÖSTERREICH DEM BLUTIGEN NATIONAL- SOZIALISMUS AUSGELIEFERT!

Der Scheinkampf der österreichischen Regierung, war nur eine Verschleierung der Vorbereitung des Bündnisses beider Faschismen. Nun haben sie sich beide gegen das eigene Volk und gegen alle anderen friedliebenden Völker geeinigt.

Die gleichzeitige Verkündung der Einigung und des neuen Gesetzes zum Schutze des Staates beweist, mit denkbarer Klarheit, gegen wen das Bündnis gerichtet ist. Jede freie Regung des Volkes, soll noch schärfer unterdrückt, der Haß der breiten Massen gegen den Faschismus soll mit noch ungeheueren Terror-Mitteln verfolgt werden.

Die faschistischen Regierungen befürchten das unaufhaltsame Vordringen der Antifaschistischen Volksfront des Friedens. Daher errichteten sie einen faschistischen Kriegsblock. Doch je schneller die Volksfront fortschreitet, um so eher naht das Ende ihrer Gewaltherrschaft und damit die imperialistischen Kriegstreibereien.



Medien & Zeit 3/86

Dokument 21

FRAGEN DER NORMALISIERUNG

"... Die vom Bundeskanzler schon seinerzeit und gestern wieder angekündigte Amnestie wird sich keinesfalls auf Personen erstrecken, die sich eines gemeinen Verbrechens schuldig gemacht haben. Aus politischen Gründen disziplinierte Beamte haben mit einer Wiedereinstellung nicht zu rechnen. Über die Rückkehr österreichischer Emigranten werden Detailverhandlungen stattfinden. Ausgebürgerte und wegen Kapitaldelikte Verfolgte können mit einer Rückkehr nicht rechnen. Das ebenfalls heute veröffentlichte Staatsschutzgesetz zeigt, daß die illegale Propaganda mit aller Energie verfolgt werden wird. Auch die sogenannte Anschlußpropaganda wird nicht geduldet werden.

Über den Grenz- und Reiseverkehr liegen noch keine genauen Abmachungen vor. Jedenfalls werden die Reisebeschränkungen langsam abgebaut werden. Da jedoch die Devisenbestimmungen in Kraft bleiben, ist, wenigstens für die nächste Zeit, mit einem Massenzustrom nicht zu rechnen. Die reichsdeutschen Hoheitszeichen dürfen auch weiterhin in Österreich nur nach den hiefür geltenden Vorschriften und Vereinbarungen gezeigt werden. Österreichische Staatsbürger sind nicht berechtigt, fremde Hoheitszeichen zu führen. Es ist auch daran gedacht, in Österreich bestimmte reichsdeutsche Zeitungen zuzulassen. Selbstverständlich wird dies auf Gegenseitigkeit beruhen und davon abhängen, ob der Inhalt der Zeitungen dem Geiste der Normalisierung entspricht. Das Deutschlandlied, das Horst-Wessel-Lied, usw... bleiben auch in Hinkunft in Österreich verboten. Reichsdeutschen Staatsbürgern wird das Spielen oder Singen dieser Lieder bei geschlossenen Veranstaltungen nur reichsdeutscher Staatsbürger gestattet sein. Die Vereinigungen der Reichsdeutschen in Österreich und die der österreichischen Staatsangehörigen im Deutschen Reich sollen in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden, soweit sie sich an die Statuten halten und sich nicht in innere Angelegenheiten einmengen. Beide Staaten werden sich in Hinkunft jeder aggressiven Verwendung des Rundfunks, des Films, des Nachrichten- und Theaterwesens enthalten. Alle Behinderungen des Absatzes von Büchern sollen beseitigt werden, sofern diese den Gesetzen des Verbreitungslandes entsprechen. Um eine wirkliche Befriedigung zu erreichen, wird der Bundeskanzler Persönlichkeiten seines Vertrauens, Vertreter nationaler Kreise zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranziehen. Solche Persönlichkeiten werden für die innere Befriedigung in Österreich und für die Beteiligung bisher abseits gestandener Kreise an der politischen Willensbildung in Österreich zu sorgen haben..."

Quelle: Wiener Zeitung, 12. Juli 1936, S. 3.

Dokument 22

ZWEI NEUE MINISTER

"Über Vorschlag des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg hat Bundespräsident Miklas, wie die 'Wiener Zeitung' heute im amtlichen Teil verlautbart, den Direktor des Kriegsarchives, Generalstaatsarchivar Staatsrat Dr. h. c. Edmund Glaise-Horstenau zum Bundesminister gemäß Artikel 91, Absatz 3, der Verfassung 1934 und den Kabinettsvizedirektor Dr. Guido Schmidt zum Staatssekretär ernannt. Staatssekretär Dr. Schmidt wird dem Bundeskanzler zu seiner Vertretung in der Führung der Auswärtigen Angelegenheiten beigegeben..."

Quelle: Wiener Zeitung, 12. Juli 1936, S. 3.

Dokument 23

UMFASSENDE GNADENAKT FÜR POLITISCHE DELIKTE

"... Bundespräsident Miklas hat mit Entschliebung vom heutigen Tage eine Reihe von Gnadenakten politischer Natur vollzogen, die am 23. Juli d. J. durchgeführt werden. Bekanntlich hat Bundeskanzler Dr. Schuschnigg bereits am 11. d. im Rundfunk mitgeteilt, daß die Frage einer politischen Amnestie, von der er schon bei früherer Gelegenheit gesprochen hatte, in aktuelle Nähe gerückt sei. Die Gnadenaktion macht zwischen den politischen Richtungen der Beschuldigten keinen Unterschied.

Auf dem Gebiet der Justiz besteht die Gnadenaktion aus vier Teilaktionen, und zwar einer umfangreichen bedingten Nachsicht der Strafrechte für Personen, die wegen einer rein politischen oder einer aus politischen Beweggründen begangenen anderen strafbaren Handlung in Straftat sind; einer Niederschlagung von gerichtlichen Strafverfahren, die wegen politischer strafbarer Handlung anhängig sind; einer gnadenweisen Einstellung von ruhenden Verfahren gegen Minderbeteiligte am Juliputsch und einer Hemmung des Strafvollzuges zum Zwecke der Beurteilung einer bedingten Nachsicht von rechtskräftig verhängten, aber noch nicht angetragenen Strafen wegen politisch strafbarer Handlungen ... Nach Durchführung dieser Gnadenaktion werden sich in Österreich nur mehr 224 Personen wegen politischer Delikte in gerichtlicher Haft befinden. Für die Erlassung einer verwaltungsrechtlichen Amnestie sind die Vorarbeiten im Zuge. Eine amtliche Verlautbarung darüber ist gegen Ende dieses Monats zu gewärtigen."

Quelle: Reichspost, 23. Juli 1936, S. 1.

WOHIN GEHT ÖSTERREICH?

"Der Pakt Schuschnigg mit Hitler wird schrittweise durchgeführt werden. Der wichtigste Schritt, die Neubildung der Regierung, dürfte bald, spätestens im Herbst, erfolgen. Die 'National Betonten', die in der gegenwärtigen Regierung durch den Herrn Glaise-Horstenau vertreten sind, sollen in der neuen Regierung neben Glaise-Horstenau noch drei Vertreter bekommen: zwei aus den Reihen der alten Großdeutschen, einen aus den Reihen des Landbundes. damit wird die alte Seipel-Koalition, der alte Bürgerblock, wieder hergestellt sein ... Zugleich wird die Aufnahme von drei 'National Betonten' in die Regierung Herrn Hitler die Gewähr geben, daß Österreich außenpolitisch völlig in die Gefolgschaft Hitler-Deutschlands geraten wird.

Die Nazi werden trotzdem ihren illegalen Kampf fortsetzen. Aber die braunen Illegalen werden unter dem Schutz der national betonten Minister stehen ... Sind aber die Nazi erst in die Regierung aufgenommen, dann wird sich in Österreich wiederholen, was 1933 in Deutschland geschehen ist: dann werden die Nazi sehr schnell ihre Bundesgenossen von der Macht stoßen, ihre schrankenlose Alleinherrschaft aufrichten. So droht die Entwicklung zur völligen Gleichschaltung Österreichs, zur

völligen Aufsaugung Österreichs durch Hitler-Deutschland zu treiben ..."

Quelle: Arbeiter-Zeitung, 2. August 1936, S. 1. (DOW 4008b)

Literaturauswahl zum
Juliabkommen 1936

Das Juliabkommen von 1936: Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976. Wien, 1977 (Veröffentlichungen. 4).

Heribert Kristan: Österreich vom Juliabkommen bis zum "Anschluß" 1938 im Spiegel der Dokumente und Zeitungsberichte. Wien, Univ., phil. Dipl.-Arb. 1985.

Gustav Otruba: Die Folgen des Juliabkommens 1936 für Österreichs Fremdenverkehr. In: Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Isabella Ackerl, Walter Hummelberger und Hans Mommsen. Bd 2. Wien, 1981. S. 146-162.

Rainer Schirra: Die öffentliche Meinung und das Juliabkommen 1936. Seine publizistischen und politischen Folgen unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Dr. Guido Schmidts. Wien, phil. Diss. 1961.

Helmut Qualtinger

Sein Kreuz mit den Medien

Am 29. September 1986 starb Helmut Qualtinger, Wiener Schauspieler, Kabarettist und Autor, im 57. Lebensjahr. Nachrufe in der österreichischen Tagespresse bemühten sich mehr oder minder gelungen, den Verblichenen in einem teilweise beinahe schon magischen Lichterkranz erscheinen zu lassen. Neben Fingerzeigen auf seine frühen Paraderollen als "Der Halbstarke" und "Travnicsek" wurden die Erinnerungen des "gelernten" Österreichers vorzugsweise auf die mit Carl Merz gemeinsam kreierte Figur des "Herrn Karl" ge-

lenkt, die inzwischen bereits zu einer Institution geworden ist. Mit diesem Symbol des Raunzers, der stets das Beste für sich herauszuschlagen weiß, des abgründigen und unverbesserlichen Mitläufers mit der gemütlichen Fassade, des nimmermüden Vertreters der schweigenden Mehrheit zu Diktatur und Nachkriegszeit wurde Helmut Qualtinger weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt.

Sein erstes Kabarettprogramm "Die Grimasse" bestritt er als 18-jähriger Medizinstudent. Von

dort führte sein Werdegang über den "Lieben Augustin" zu den mit Georg Kreisler produzierten Programmen "Blattl vorm Mund", "Glasl vorm Aug'", "Spiegel vorm G'sicht", "Dachl überm Kopf" und "Hackl ins Kreuz". Der weiteren Berufsstationen ließen sich noch viele anreihen, die von einem ausgefüllten und einfühlsamen, bewegten und bewegenden Leben erzählen.

Nichts sei aber ferner als ein pur "festlicher" Nekrolog angesichts der unterschiedlichen Rezeption seines Wirkens, insbesondere angesichts des Unverständnisses und der Anfeindungen, denen er sich immer wieder ausgesetzt sah. Nichts sei angesichts der gegenwärtigen, einmütigen Verneigung vor dem Verstorbenen, aber auch angesichts der heraufziehenden Zeit ferner, als jene Anstrengungen der großkoalitionären Ära zu verschweigen, ihn aus dem Hörfunk sowie aus der öffentlichen Diskussion um den Gewinn des von ihm Gewogenen, um Bewußtsein und Wissen um österreichische Krückstöcke hinauszudrängen.

Als sein "Spiegel vorm G'sicht" die Gewaltigen der Großkoalition auf den Plan rief, um ihm einen Maulkorb umzuhängen, erlaubte sich Heinz Brantl im August 1959 die Frage: "Kabarettist Qualtinger - für die Demokratie zu gefährlich?" Diese Frage stand vor dem Hintergrund des damaligen Koalitionsabkommens zwischen ÖVP und SPÖ über die Regierungsbildung, das u. a. auch folgende Paktpassage enthielt: "Die Bundesregierung wird an den Vorstand der Rundfunk GmbH die Aufforderung richten, Verunglimpfungen und Verspottungen der demokratischen Einrichtungen und ihrer Träger sowie von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Rundfunk und Fernsehen zu unterbinden." Heinz Brantl versuchte daraufhin in der österreichischen Wochenzeitung "Heute" das historische Terrain dieser Affäre zu sondieren und gleichzeitig die vorgefundene Gegenwart durch die Konfrontation mit der Vergangenheit zu provozieren:

"Zensur im Rundfunk"

Koalitionspakt: Der Maulkorb fest geschlossen - 'Die Demokratie bin ich.'

... Ist die Autorität des österreichischen Staatswesens bereits so schwach, die Demokratie bereits so gefährdet, daß man 'von Staatswegen' den Kritikern, wenn sie unangenehm werden, Maulkörbe umbinden muß? Ist es nicht ein bedrückendes Zeichen für die Parteien und die Autoritäten, wenn sie Kritik nicht vertragen und, statt sich an Friedrichs des Großen Rezept von 'Niedriger hängen' zu halten, sich in verschämter Form der Methoden des Goebbels-Staates bedienen? Wie frei muß demgegenüber die Ära eines Wilhelms II. in Deutschland erscheinen, als sich die witzigsten Zeichner, die schärfsten Pointen-

schmieder im 'Simplicissimus' über Kaiser und Monarchie ungestraft lustig machen durften.

Es scheint, als ob die 'gute alte Zeit' der freien Kritik nicht mehr wiederkehren dürfe, weil die Herrscher der Demokratie heute bereits so absolutistisch geworden sind, daß sie Ludwigs XIV. Wort in eine 'Demokratie bin ich' abwandeln und einen Witz ärger als eine Majestätsbeleidigung ahnden wollen. Ein Angriff auf eine Person, stehe sie noch so hoch oben, bedeutet aber noch lange keine Mißachtung der Demokratie. Überempfindliche Politiker, die sofort rufen: 'Die Demokratie ist geschändet!', wenn jemand seinen Schnabel an ihnen wetzt, sollen das Feld robusteren Naturen überlassen, denn wer in die politische Arena steigt, muß mit Steinwürfen rechnen wie ein Rauchfangkehrer mit Ruß.

Angst vor Qualtinger

Faschisten und Kommunisten sind bedeutungslose Sektierergruppen in Österreich. Niemand bedroht bei uns heute ernstlich die Demokratie - außer jenen vielleicht, die ein Grundrecht der Demokratie, die freie Meinungsäußerung, dann, wenn sie unangenehm wird, unterhöhlen. Die beiden großen, übermächtigen Parteien fürchten sich vor Qualtingers Fernsehbreitl und ein paar Radiowitzen so sehr, daß sie sogar im Koalitionsabkommen ein Verbot erlassen.

Ein wahrhaft trauriges Zeichen für unsere Demokratie. Sind also Rundfunk und Fernsehen Privatbesitz der beiden Parteien, die bestimmen, was der Hörer und Seher für sein Geld bekommt und was er nicht sehen und hören darf? Ja. Schon einmal wurde auf Wunsch der Parteien eine ätzende Sendung des österreichischen Rundfunks eingestellt. 'Der Watschenmann' wurde auf offener Bühne trotz dem lauten Protest der Öffentlichkeit zynisch ermordet, und nun muß der 'Spiegel vorm G'sicht' daran glauben. Er stirbt nur um ein wenig freiwilliger, denn die Kabarettisten um Qualtinger eröffnen im Herbst wieder eine eigene Bühne - wenn ihnen der Rachestrahl der Kritisierten nicht auch dorthin nacheilt. Hier geschieht Unrecht an der öffentlichen Meinung, ohne daß dies die Täter merken. Sie machen sich den bedauerlichen Umstand zunutze, daß es in Österreich keine echte öffentliche Meinung gibt."

Die weiteren Ausführungen Brantls beschäftigen sich mit Fragen der öffentlichen Meinung, der Situation der Presse sowie der Gefahr einer Kommunikationskonformität Orwellscher Prägung. Sie werden hier auszugsweise wiedergegeben, um die klimatischen Kommunikationsbedingungen gegen Ende der "wilden 50-er Jahre" in Österreich unter näheren Betracht nehmen zu können:

*"Die öffentliche Meinung existiert nicht
Die Grundpfeiler der öffentlichen Meinung*

nämlich, die Presse und der Rundfunk, stehen nicht auf festem, eigenem Boden, sondern auf dem schwankenden Pachtgrund, den ihnen Regierung und Parteien und Interessengruppen nach Gutdünken geliehen haben. Der Rundfunk gilt mit Recht als eines der mißratensten Kinder des Proporz. Postenschleicherei, die sogar den Rechnungshof beschäftigt, und Intrigenspiele, die bis vor die Schranken des Gerichtes gezerrt werden, stellen nach Angaben der Eingeweihten nur jene Spitze des Eisbergs dar, die über dem Wasser sichtbar ist. Der große Teil unter der Oberfläche bleibt der Öffentlichkeit bislang noch verborgen, weil keine Partei es wagt, Ordnung zu machen, da man sonst zu viele eigene Kinder an den Pranger stellen müßte...

Tiefstand der Presse

Was Wunder, daß man diese Presse nicht achtet, da man sie auch nicht zu fürchten braucht, sie nur dann informiert, wenn man eine Nachricht lanciert oder unterdrückt sehen möchte, es kein echtes Vertrauensverhältnis, keine Partnerschaft zwischen Journalismus und Politiker gibt. Es ist zu leicht, eine unangenehme Nachricht nicht zu erscheinen zu lassen, wenn man mit politischen Interventionen oder - wie es die Wirtschaft übt - mit Inseratsperren droht.

Ämter lieben es, Journalisten an der Nase herumzuführen oder lächelnd jede Auskunft zu verweigern - die in anglo-amerikanischen und skandinavischen Ländern mögliche Akteneinsicht würde in Mitteleuropa einer Blasphemie gleichgestellt werden - weil sich die Presse, durch ein schikanöses Gesetz geknebelt, nicht wehren kann...

Hinübergleiten zu '1984'

Natürlich kann man ohne Kritik, ohne 'Watschenmann', Qualtinger-Parodien, ohne angriffs-lustige Leitartikel und unangenehme Berichte über unangenehme Vorgänge hinter den Kulissen, die die politische Bühne vom Volke trennen, leben, sehr ruhig leben sogar. Schließlich kann man auch ohne Freiheit leben, und die Masse, die einmal konformistisch und kritiklos gemacht wurde, findet das Leben in Unfreiheit nicht einmal sehr abstoßend, wenn es nur genug soziale Sicherheit, Autos, Urlaubsreisen und Fleisch gibt... Schließlich wird dem in politischer Apathie Dahinlebenden ein mit Wohlleben verzuckertes Orwellsches '1984' nicht mehr als Schreckensgespenst, sondern nur noch als eine geringfügige Änderung, eine bloße Weiterentwicklung des konformistischen Alltagsbrot erscheinen...

Heinz Brantl

Quelle: Heute.
Die Österreichische Wochenzeitung.
Jg. 2, Nr. 35 vom 29. August 1959

Für den freundlichen Hinweis auf diesen Artikel sei Herrn Dr. Theo Venus gedankt.

Auf viele Fragen zu "1984" wurden vor zwei Jahren mindestens ebensoviele Antworten gefunden, wobei das ruhige Gewissen überwog, konnte man die Realität doch getrost an den Visionen Orwells messen. Kann aber leise Angst wirklich ruhig schlafen? Eigentümlich erscheint immerhin, in welcher Weise der ORF die posthume Würdigung Qualtingers vornahm.

Eine dreiviertel Stunde Ausschnitte aus Helmut Qualtingers legendären Programmen (und auch da nicht unbedingt die besten) in einem "Das waren Zeiten"-Special und eine Erich-Neuberg-Inszenierung der "Geschichten aus dem Wiener Wald" (mit dem Verstorbenen als Oskar) fast eine Woche nach dem Tode, die Eröffnungsmeldung in der "Zeit im Bild 1" und der Nachruf mit kurzen Filmausschnitten im "Kulturjournal": Dieses mediale Gedenken des sonst nicht so unflexiblen ORF ist beschämend.

Denn das Schweizer Fernsehen (SRG) reagierte mit einer sofortigen Programmänderung und zeigte "Das falsche Gewicht", die bundesdeutschen öffentlich-rechtlichen Anstalten brachten in memoriam Helmut Qualtingers Aufzeichnungen seiner Lesungen, die seinem Genie als Vortragender, Menschimitator - wie er sich selbst gerne bezeichnete - und Parodisten gerechter werden als die ORF Auswahl.

Die von Gerd Bacher als Mac Donaldisierer der Kultur geschmähten Privatsender, vor allem der deutsche Verlegerkanal SAT 1, brachten als Kontrastprogramm zu der vom Kulturverweser ORF gesendeten US-Serie "Serpico" Qualtingers unsterblich-geniale Interpretation der "Letzten Tage der Menschheit".

Um den "Herrn Karl" zu sehen, muß man sich ins Akademietheater bemühen, aus Konkurrenzgründen gibt der Verlag die Rechte für die Ausstrahlung der 1961 skandalisierten Sternstunde des österreichischen Fernsehens erst im nächsten Jahr frei. Die Bronner/Qualtinger-Klassiker "Der G'schupfte Ferdl", "Der Papa wird's schon richten" und "Der Wilde mit seiner Maschin" aus den legendären Kabarettprogrammen "Spiegel vorm G'sicht" und "Glasl vorm Aug" können nicht mehr gezeigt werden, sie sind nur akustisch erhalten geblieben. Die Original-Filmrollen wurden am Anfang der 60er Jahre, als der Bayerische Rundfunk das Material vom ORF ausgeliehen, in einem Kellerarchiv gelagert hatte, bei einem Wasserrohrbruch zerstört.

Wolfgang Duchkowitsch und Hannes Haas

Wege zur Kommunikationsgeschichte

*Internationales Symposium,
Palais Auersperg, Wien, 8.-10. Mai 1986*

Manfred Bobrowsky

Einmal mehr war Wien im Mai dieses Jahres Schauplatz eines internationalen Symposiums. Mit dem Titel "Wege zur Kommunikationsgeschichte" signalisierte dieser Kongreß nicht nur das Bedürfnis vieler Wissenschaftler nach der gemeinsamen Diskussion eines "alten" Anliegens, sondern vielmehr den Aufbruch nach neuen Wegen einer Wissenschaftsdisziplin.

Nach rund einjähriger Vorbereitungszeit war es der Deutschen und Österreichischen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft gelungen, rund 250 Wissenschaftler aus der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz, Polen, Jugoslawien, Italien, Ungarn, Frankreich, Holland, Schweden, der Deutschen Demokratischen Republik und Österreich nach Wien einzuladen.

Wien als Anziehungspunkt und die Atmosphäre des Palais Auersperg als Veranstaltungsort haben dem Symposium den würdigen Rahmen verliehen, den dieses Thema verdient. Die Verdrängung der alten "Zeitungswissenschaft" durch die empirische Kommunikationsforschung in den sechziger Jahren führte nun zu einer Renaissance mit neuen Titeln: Medien- und Kommunikationsgeschichte. Wolfgang R. Langenbucher sieht diesen Entwicklungsprozeß als Ausdehnung der traditionellen Pressegeschichtsforschung über das Trittbrett der Mediengeschichte schließlich zu einer umfassenden Kommunikationsgeschichte. "In den Geschichtswissenschaften haben die Beschäftigung mit neuen Wirklichkeitsbereichen, die Anwendung ungewohnter Perspektiven, die Erschließung unüblicher Quellen und die entspannte Rezeption theoretischer Ansätze zu einem Neubeginn geführt, in der Kommunikationswissenschaft dürfen diese Innovationen jedenfalls nicht fehlen.

Neun Plenumsvorschläge am ersten und zweiten Tag des Symposiums versuchten eine Sondierung des Forschungsgebietes Kommunikationsgeschichte durchzuführen.

Hans Bausch, Elisabeth Noelle-Neumann, Maximilian Gottschlich, Jürgen Wilke, Siegfried Quandt, Gerhard Jagschitz, Marianne Lunzer, Roland Burkart und Michael Schmolke boten in ihren Vorträgen aus verschiedener Sichtweise, was Kommunikationsgeschichte heute leisten kann, und welche neuen Wege sie einschlagen muß.

Am Nachmittag des zweiten Tages teilten sich die Teilnehmer in sieben von Moderatoren geleiteten Arbeitsgruppen, in denen 56 aktive Teilnehmer zu folgenden Themenfeldern Vorträge hielten:

Methodenprobleme einer Kommunikationsgeschichtsschreibung (Wolfgang Duchkowitsch)

Geschichte der Kommunikationswissenschaft (Otto B. Roegele)

Historische Technikfolgenabschätzung am Beispiel der (Früh-)Geschichte der Tagespresse (Helmut W. Lang)

Historische Publikumsforschung (Manfred Bobrowsky)

Neue Wege der Rundfunkgeschichte: Programmgeschichte (Horst O. Halefeldt)

Medien- und Kommunikationskultur (Hans-Heinz Fabris)

Geschichte der Kommunikationsberufe und -institutionen (Walter Hömberg)

Die passiven Teilnehmer hatten dabei die Möglichkeit, nach Belieben die Arbeitsgruppen zu wechseln und an den Diskussionen teilzunehmen.

Im Rahmen des "FORUM, jüngere Wissenschaftler tragen vor" hatten junge Kollegen aus der Bundesrepublik die Möglichkeit, ihre wissenschaftlichen Arbeiten vorzutragen. Diese Veranstaltung, die vor dem eigentlichen Beginn des Symposiums stattfand, dokumentierte auch, daß Kommunikationsgeschichte nicht nur ein Anliegen alteingesessener Wissenschaftler ist.

Das fachlich sehr kompakte Programm des Kon-

gresses wurde mit einem Festempfang im Rathaus durch den Bürgermeister der Stadt Wien, Helmut Zilk, und das gemeinsame Mittagessen aller Teilnehmer im Rosenkavalier-Saal des Palais Auersperg am zweiten Tag aufgelockert.

Ein gemeinsamer Abend beim "Heurigen", bei dem der Wiener Schauspieler Miguel Herz-Kestranek ausgewählte "Medien-G'schichten" von Anton Kuh, Karl Kraus, Peter Altenberg, u. a. vortrug, bildete den offiziellen Abschluß, dem am Samstagvormittag die Mitgliederversamm-

lungen der Deutschen und Österreichischen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft noch folgten.

Ein ausführlicher Kongreßband (herausgegeben von M. Bobrowsky und W. R. Langenbucher) mit rund 60 Beiträgen und den Rezitationen des Heurigen-Abends erscheint in der Buchreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (Verlag Ölschlager) in Kürze.

REZENSIONEN

Ausstellungskataloge 1985

Die Vertreibung des Geistigen aus Österreich. Zur Kulturpolitik des Nationalsozialismus, Wien, Hochschule für angewandte Kunst, 1985, 375 S.

Der Untertitel dieses Katalogs verspricht zweifellos mehr, als er zu halten im Stande ist: Es geht im Grunde genommen um die aktiv-negative Kulturpolitik im engeren Sinn des Nationalsozialismus in Österreich, wobei die heikle Frage, inwieweit nicht bereits die Zerstörung der Demokratie durch den Austrofaschismus "liberale Kulturproduktion" stark eingeschränkt bzw. zerstört hat, bewußt ausgeklammert wird. Welche inhaltlichen Maßnahmen der NS-Kulturpolitik während der Zeit 1938 bis 1945 transportiert wurden, wird ebensowenig thematisiert wie personelle Kontinuitäten bis in unsere Tage.

Unter diesen Einschränkungen handelt es sich um eine durchaus engagierte Arbeit, die jedoch eine zu stark lexikalisch-plakative Note aufweist, ohne die dafür notwendige Komplexität aufzuweisen. Vertriebene aus den Bereichen Literatur, Malerei, Architektur, Darstellender Kunst und Musik werden in teilweise sehr fragwürdig-fragmentarischen, vereinzelt handschriftlich korrigierten Kurzbiographien vorgestellt - weniger Prominente scheinen in einer lexikalischen Kurzfassung auf. Großformatige Porträts und vereinzelte Dokumente können das Manko an politischer Information nicht ausgleichen. So scheint es unbekannt zu sein, daß Ernst Lothar als US-Theatre-Officer nach 1946 für einige Zeit eine sehr wesentliche kulturpolitische Erscheinung war, aber auch der Kalte Krieg scheint Karl Paryla oder den engagierten Literaten Edwin Rollett nicht betroffen zu haben. Diese Beispiele ließen sich mühelos fortsetzen.

So verdienstvoll die Zusammenstellung des geistigen Exils ist, so teilweise dilettantisch wurde recherchiert und so naiv wurden Lebensläufe ab-

getippt, ohne deren eminent politischen Zusammenhänge und Hintergründe anzudeuten: Mit einem Wort ein inkomplettes Nachschlagewerk, das nur mit Vorsicht zu verwenden ist - ein Nachteil, der auch durch einen Überblick über die österreichische Exilpresse nicht wettgemacht werden kann. Die diversen Einleitungen helfen nur teilweise über den Mangel an kritischer Reflexion und Analyse und über den einfallslos-plakativen Ansatz hinweg.

Wien 1945, davor/danach. Hrsg. v. Liesbeth Waechter-Böhm, Wien 1985, Verlag Christian Brandstätter, 235 Seiten.

Die sicherlich engagierteste und umfassend-kritischste Ausstellung des Jahres der Zeitgeschichte 1985 war jene im Museum des 20. Jahrhunderts. Der vorliegende Band ist kein Ausstellungskatalog im traditionellen Sinne neuerer Ausstellungsdidaktik, zusätzliche Informationen anzubieten und die analytische Komponente im Überblick hervorzuheben, wohingegen in der Ausstellung notgedrungen das Einzelne, das Objekt und damit häufig das Plakative dominierte.

Bewußt werden traditionelle Themen ausgespart oder mittels Chronik beantwortet, obwohl auch in diesem ältesten Bereich von Historiographie auch der "Alltag" stärker in den Vordergrund rückte als bisher. Die Frage nach der Kontinuität zur Ersten Republik wird ebenso gestellt wie nach der Österreich-Ideologie, wobei jedoch einige der vorgebrachten Thesen empirischer Absicherung harren. Besonders wertvoll sind die Thematisierung des Alltagserlebnisses während des Krieges und in der Nachkriegszeit. Kultur im breitesten Sinne erscheint durchwegs in allen Schattierungen skizziert zu werden, wobei jedoch manchmal an der Realität vorbeiginterpretiert

tiert wird: So ist es absurd, daß der "amerikanische" Wiener Kurier bereits in seiner ersten Nummer am 26. August 1945 gegen die Sowjets polemisierte. Besonders in diesem Beitrag über den Journalismus wird ständig jede bisherige, empirisch ergiebige Literatur beiseite geschoben und durch simplifizierend-verfälschende Gemeinplätze und griffige Phrasen ersetzt. In anderer Weise enttäuschend ist der Beitrag über die Wien-Film, der sich nur auf die Zeit vor dem Kriegsende beschränkt und die Kontinuitätsdiskussion negiert.

Neben den Texten sollte jedoch auf das überaus gute Layout und die zahlreichen, in den Text eingearbeiteten Fotos hingewiesen werden, die viel Atmosphäre schaffen, die vereinzelt sogar die eigentlichen Ausstellungsobjekte übertreffen.

A.E.I.O.U. Hrsg. v. Paul Kruntorad, Wien 1985, Österreichischer Bundesverlag, 222 S. und A.E.I.O.U. Mythos, Gegenwart - Der österreichische Beitrag. Katalogbuch zur Ausstellung, Wien 1986, Verlag Christian Brandstätter, 191 S

Die sicherlich unkonventionellste Ausstellung während des Jahres zur Zeitgeschichte löste auch 2 unkonventionelle Publikationen aus. Die erste ist ein Sammelband von Gedanken unterschiedlichster Art, von unterschiedlichsten Gesichtspunkten aus gesehen, zur Vergangenheit und Gegenwart Österreichs, wobei philosophische Überlegungen dominieren, um die Mythen der Gegenwart, aber auch der Vergangenheit besser verstehen zu können - das Phänomen des Nationalsozialismus soll z. B. durch das Phänomen Hitler erklärt werden, wobei jedoch dem Rezensenten die Gefahr einer Anti-Mythisierung, die wiederum einen nicht-dialektischen Mythos repräsentiert, durchaus gegeben scheint.

Besonders deutlich wird dies im Buch zur Ausstellung, in dem die Visualisierung von Schlüsselräumen der Ausstellung dominiert, und die verbale Interpretation, die in der erstgenannten Publikation dominiert - dort gibt es keine Bilder -, zurückgedrängt wird. Teilweise assoziativ erscheinen die in einem Kapitel abgedruckten Biographien der "handelnden Personen."

Während Assoziationen umfassendes Material geboten wird, bleibt eine erklärende politische Zusammenfassung aus. Namen, Fakten, Bilder, zahllose Objekte werden auf riesigen Flächen unterschiedlich präsentiert, ohne auf die Frage einzugehen, daß eigentlich eine neue Kunst geschaffen wird, die jedoch in den Jahren vor und nach 1945 eigentlich die Kultur einer Minderheit war, die jetzt erst ihre eigentliche Geburt erfährt - Renaissance wäre sicherlich der falsche Ausdruck für dieses kulturpolitische Phänomen, dessen Hintergründe und Bedingungen jedoch unbekannt bleiben.

Für die Gestalter spricht aber sicherlich die Tat-

sache, daß sie die Reaktionen auf die Ausstellung in in- und ausländischen Zeitungen abgedruckt haben und dadurch eine grundlegende inhaltliche Diskussion ermöglichen, die es normalerweise nicht gibt. Diese Form der "Nachbereitung" ist durchaus innovativ. Abschließend noch einige Anmerkungen zu den Texten, die eingangs erwähnt wurden. Obwohl der philosophische Diskurs vorherrscht, werden auch andere Kulturbereiche abgedeckt von Literatur, über die Psychologie, die Nationalökonomie bis hin zum Nachkriegstheater und Österreicher in Hollywood. Es werden vor allem Einzelschicksale von Emigranten in einem inhaltlichen Rahmen analysiert, der keineswegs umfassend, aber trotzdem aussagestark und beispielhaft ist. Zahlreiche Denkanstöße warten jedoch weiterhin ihrer gründlichen Erforschung und entsprechender Verbreitung.

Die "wilden" fünfziger Jahre. Gesellschaft, Formen und Gefühle eines Jahrzehnts in Österreich. Hrsg. v. Gerhard Jagschitz und Klaus-Dieter Mulley. St. Pölten 1985, Verlag Niederösterreichisches Pressehaus, 323 S.

Der vom wissenschaftlichen Standpunkt gelungene Katalog, der keiner ist, ist jene Publikation, die anlässlich der Ausstellung über die fünfziger Jahre in der Schallaburg präsentiert wurde. Die Forschungsinnovationen, die von dieser Publikation ausgehen könnten, sind jedenfalls bedeutender als die Ausstellung selbst.

Überdies hat man das Gefühl, daß die thematische Abstimmung der Beiträge gelungen ist, was bei Sammelbänden meist überaus schwierig ist und häufig ein unerfülltes Projektziel bleibt. Jene sozio-ökonomische Umwälzungen der Zeit des "Wiederaufbaus" werden in durchaus kritischen und offenen Abhandlungen, die völlig zu Unrecht von eindimensionalen konservativen Kritikern abqualifiziert wurden, skizziert. Jazz ist ebenso ein Thema, wie der Lebensstandard, die Rolle der Frauen, die Jugendkultur, das soziale Wohnen, das Umweltbewußtsein oder der kulturelle Einfluß der USA. Radio als Lebensgefühl ist ebenso perfekt analysiert worden, wie die Literatur und Avantgarde der fünfziger Jahre. Zu dem einen oder anderen (Film zum Beispiel) hätte man sich mehr wünschen können, aber insgesamt gesehen ist erstmals für die fünfziger Jahre eine gesamtgesellschaftliche Bestandsaufnahme gelungen - wobei vielleicht die Printmedien etwas zu sehr zu "Illustrierten" degradiert wurden, die das Leben aus der Sicht des Alltags analysiert, ohne jedoch die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und machtpolitischen Interessenskonstellationen aus den Augen zu verlieren.

Ein unbequemes, aber lesenswertes Buch zu einer engagierten, aber eher konventionell gestalteten Ausstellung.

Oliver Rathkolb

